



Nr. 01 / März 2014

DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



SCHLESWIG-HOLSTEIN UND EUROPA

Historischer Rückblick, aktuelle Debatten,
Ausblick auf die EU-Wahl

INHALT

**SCHLESWIG-HOLSTEIN
IN EUROPA: 4 – 10**

Kieler Frieden 1814:
Festakt erinnert an Norwegens
Schritt in Richtung Eigenständigkeit 5

Deutsch-Dänischer Krieg 1864:
Gedenken im Landeshaus /
Landtagspräsident Klaus Schlie
plädiert für kulturelle Vielfalt im
vereinten Europa 6

Europawahl 2014:
Infos zum Urnengang am 25. Mai /
Sechs Europapolitiker nehmen
Stellung 8

EU-Debatten im Landtag:
Fördergelder und Freizügigkeit 10

Die Seite fürs Ehrenamt 11

Der Landtag in leichter Sprache 12

Ausschüsse:
Debatte über Wahlwerbung /
Friesischer Rundfunk hat
Geldsorgen / Bürgerpreis startet 13

IM ZENTRUM: 14 – 15

Das Virtuelle Museum im Internet:
Einblicke in die deutsch-
dänische Geschichte

PLENARBERICHTE 16 – 20

Aktionsplan gegen die
Diskriminierung von Schwulen
und Lesben 16

Nachwuchssorgen bei der Polizei 17

Vorstoß gegen NS-Überbleibsel
im Strafrecht 18

Abzocke durch Radarfallen –
neues Konzept gefordert 19

Trotz Kritik:
Bäderverordnung bleibt 20

Im Rückblick:
Debatte über die Situation
der Frau im Jahr 1979 21

Personalien 22

REPORTAGE 23 – 25

Zwischen Landeshaus und
Wochenmarkt: Sechs Abgeordnete
berichten aus ihrem Arbeitsalltag 23

Das Tagebuch der Abgeordneten:
„Wo waren Sie am 12. Februar?“ 25

Im Porträt:
Burkhard Peters (Grüne),
Lars Winter (SPD),
Tobias von Pein (SPD) /
Impressum 26

Ins Bild gerückt:
Besucher im Landeshaus 27

Termine, Termine, Termine: 28

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Europas Geschichte und Europas Zukunft stehen in diesem Jahr gleichermaßen im Blickpunkt. Mehrere runde Gedenktage erinnern an die Auseinandersetzungen der Vergangenheit, während der in weiten Teilen friedliche und vereinte Kontinent bei der Wahl zum EU-Parlament am 25. Mai die Weichen für die nächsten Jahre stellt. Wir schauen in diesem Gedenkjahr zurück in Schleswig-Holsteins Vergangenheit: zum Kieler Frieden von 1814 und zum deutsch-dänischen Krieg von 1864. Zudem gibt es Informationen und Meinungen zum Urnengang im Mai und einen Rückblick auf die europapolitischen Debatten im Landtag in den letzten Wochen.

Wie nehmen Abgeordnete ihr Mandat wahr? Wo liegen ihre Schwerpunkte, und wie sieht ihr Tagesablauf aus? Diese Fragen haben zum Jahresbeginn die Medien beschäftigt. Wir haben sechs Abgeordnete aus sechs Fraktionen befragt und sie gebeten, für einen „durchschnittlichen Arbeitstag“ einmal Tagebuch zu führen. Das Ergebnis ist eine längere Reportage, die zeigt, wie unterschiedlich der Abgeordneten-Alltag sein kann. Wohnort, politischer Schwerpunkt, Posten in der Fraktion sowie Regierungsverantwortung oder Oppositionsarbeit spielen hier eine Rolle. Die Reportage beginnt auf Seite 23.

Ihre Redaktion**ZÄHLBARES****1941**

Aus diesem Jahr
stammen die Paragraphen für Mord
und Totschlag im deutschen Strafrecht.
Die Formulierungen seien geprägt
von NS-Ideologie,
monieren Kritiker.
(Mehr: Seite 18)

**BÜRGERBEAUFTRAGTE BIRGIT WILLE:
Neuer Rekord zum Abschied**

So viele Schleswig-Holsteiner wie nie zuvor haben sich im vergangenen Jahr an die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Birgit Wille, gewandt. Ihr Tätigkeitsbericht listet 3.875 Eingaben für das Jahr 2013 auf – ein Spitzenwert in der 26-jährigen Geschichte der im Landtag angesiedelten Dienststelle.

Gegenüber dem Vorjahr habe es einen Anstieg um fast sechs Prozent gegeben, sagte Wille auf einer Pressekonferenz im Landeshaus Anfang März. Grund sei eine neue Regelung in der Krankenversicherung. Bis Ende 2013 konnten Betroffene beantragen, ihre Beitragsschulden zu erlassen. Hier habe es viel Beratungs- und Klärungsbedarf gegeben, so Wille.

Wie im Vorjahr gab es allein 1.300 Anfragen zu Hartz-IV-Themen: Um die Kosten für Unterkunft und Heizung wurde ebenso gestritten wie um die Anrechnung von Einkommen und Vermögen oder die Berechtigung verhängter Sanktionen. Zunehmend eine Rolle spielt aus Sicht Willes die Altersarmut, die stetig steige.

Der jüngste Tätigkeitsbericht war für Wille zugleich ihr letzter: Auf der Pres-

sekonferenz bestätigte die Bürgerbeauftragte, dass sie im April mit Ende ihrer zweiten Amtsperiode ausscheidet. „Nach fast dreizehn Jahren habe ich für mich entschieden, das ist jetzt genug“, so Wille.



Die Diplom-Betriebswirtin war 2001 erstmals vom Landtag gewählt und 2008 für eine zweite sechsjährige Amtszeit bestätigt worden. Die Fraktionen im Landtag dankten Wille für ihre langjährige Tätigkeit.

Als Nachfolgerin haben SPD, Grünen und SSW Ende März die Juristin Samiah El Samadoni vorgeschlagen. Die 43-jährige Kielerin ist seit 2009 Referentin beim Schleswig-Holsteinischen Landkreistag. Die Neuwahl ist für Mitte April geplant.

Mehr Personalien: Seite 22

Knapp 15.000 Besucher kamen ins Landeshaus

Fast 15.000 Gäste haben im vergangenen Jahr die Informationsprogramme und Veranstaltungen des Schleswig-Holsteinischen Landtages besucht. Damit wurde auch 2013 wieder die 10.000er-Marke deutlich überschritten. In der Gunst der Gäste ganz vorn standen der Besuch der Plenarsitzungen und Gespräche mit Abgeordneten.

„Wir wollen ein offenes Landeshaus, und wir haben es. Die Zahlen aus dem vergangenen Jahr zeigen, dass unsere Angebote an die Bürgerinnen und Bürger ankommen und genutzt werden. Ich freue mich sehr, dass wir wieder knapp 15.000 Menschen mit unseren vielfältigen Angeboten erreichen konnten“, so Landtagspräsident Klaus Schlie.

Während Gymnasien 2013 den Live-Eindruck einer Plenarsitzung oder die Teilnahme an Rollen- und Planspielen favorisierten, setzten Gemeinschaftsschulen verstärkt auf intensive Gespräche mit einzelnen Abgeordneten.

Unverändert hoch war 2013 das Interesse ausländischer Gäste (430) aus aller Welt. Auch der Offene Besucherabend erfreute sich im vergangenen Jahr gleichbleibender Beliebtheit. Gut 400 Einzelpersonen nahmen die Möglichkeit wahr, einen Blick hinter die Kulissen des Landeshauses zu werfen. Dabei reichte das Spektrum von Studenten über Familien mit Kindern bis hin zu Urlaubern.

Interessierte Gruppen, die an einem Informationsprogramm teilnehmen möchten, können

sich im Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei Sigrid Moser

→ Tel. 0431/988 1121

oder Susanne Keller

→ Tel. 0431/988 1118

oder Andrea Römer

→ Tel. 0431/988 1116

oder per E-Mail

→ besucherdienst@landtag.ltsh.de anmelden.

Aufgrund der starken Nachfrage beträgt die Wartezeit in der Regel mehrere Monate. Daneben besteht die Möglichkeit, ohne Voranmeldung zum Offenen Besucherabend im Landeshaus zu kommen.

Die Termine für dieses Jahr stehen auf Seite 28.

Broschüren erschienen

Die beiden Dokumentationen zum Altenparlament und zur Veranstaltung „Jugend im Landtag“, die im letzten Herbst im Landeshaus stattgefunden haben, sind jetzt erschienen. Die jeweils mehr als 150 Seiten umfassenden Broschüren beinhalten die Debatten und Beschlüsse der Senioren und der Jugendlichen sowie die jeweiligen Stellungnahmen der Fraktionen und der Landesregierung.

Interessierte können die Dokumentationen kostenlos bestellen:

→ Tel. 0431/988 1163,

→ bestellungen@landtag.ltsh.de.

Außerdem sind die Broschüren auf der Website des Landtages als pdf-Dokument eingestellt:

→ www.sh-landtag.de,

Rubrik „Service“.

Würdigung für „Helfer“

Landtagspräsident Klaus Schlie hat Ende Januar dazu aufgerufen, die Arbeit von Bundeswehr, Polizei, Bundesfreiwilligendienst und Katastrophenschutz stärker zu würdigen.

„Trotz vieler Ehrungen durch die Politik ist dieser Einsatz für Sicherheit und Freiheit heute eine zu große Selbstverständlichkeit“, sagte Schlie beim traditionellen „Helfer-Empfang“ des Landtages vor rund 300 Gästen. Auch durch den Rückzug der Bundeswehr aus der Fläche verstärkte sich die Gefahr

eines immer geringer werdenden Rückhalts in der Bevölkerung. Nur durch eine breite Akzeptanz könne der Nachwuchs in diesen Bereichen gesichert werden.

„Eine besondere Form des ehrenamtlichen Engagements ist und bleibt der Bundesfreiwilligendienst. Er hat sich mittlerweile als echtes Erfolgsmodell in unserer Gesellschaft etabliert“, so Schlie. Es sei aber insgesamt eine traurige Tatsache, dass Beruf, Schule und Studium gerade den jungen Menschen immer weniger Zeit für den Dienst im Ehrenamt und für die Gemeinschaft ließen.



Landtagspräsident Klaus Schlie (li.) im Gespräch mit Marine-Offizieren

WORTWÖRTLICH:

„Ich darf darauf hinweisen:
Der ehemalige Bundeskanzler Konrad Adenauer
war bei Amtsantritt 73 Jahre alt,
und er trat erst mit 87 Jahren von seinem Amt zurück.
Als Bürgermeister von Kiel hätte er
nicht gewählt werden können.“

Wolfgang Kubicki (FDP, 62 Jahre)

„Während Alexander der Große
bereits mit 26 Jahren ein Weltreich erobert hat,
könnte er heutzutage in Schleswig-Holstein
noch nicht einmal Bürgermeister werden.“

Kai Dolgner (SPD, 44 Jahre)

Aus der Debatte über Altersbeschränkungen
bei der Wahl zum Bürgermeister
und zum Landrat in Schleswig-Holstein. Mehr: Seite 11

So ist es richtig

In unserer letzten Ausgabe ist uns auf Seite 6 ein Fehler unterlaufen. In der Grafik zu den Einzelposten des Landeshaushalts 2014 haben wir den Ansatz des Landesverfassungs-

gerichts mit 39 Millionen Euro angegeben. Damit lagen wir ein ganzes Stück über der Wirklichkeit: Für das Verfassungsgericht sind im laufenden Jahr lediglich Ausgaben von 39.000 Euro vorgesehen. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN UND EUROPA

Historischer Rückblick, aktuelle Debatten, Ausblick auf die EU-Wahl

Blaue Schilder mit zwölf Sternen markieren die Grenzen quer durch Europa und stehen für Gemeinsamkeit. Der heutige Frieden in weiten Teilen des Kontinents erscheint als Errungenschaft von historischem Ausmaß – insbesondere im Gedenkjahr 2014, in dem der Blick zurück in düstere Zeiten geht. Vor 75 Jahren brach der Zweite Weltkrieg aus, vor 100 Jahren der Erste Weltkrieg. Schleswig-Holstein schaut zudem

150 Jahre zurück, als Deutsche und Dänen sich bekämpften. Und vor 200 Jahren zogen die Heere der Napoleonischen Kriege durchs Land. Wir beleuchten auf den kommenden Seiten die Ereignisse vergangener Tage und wenden uns zudem der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai zu. Und wir blicken auf europapolitische Debatten im Landtag.



KIELER FRIEDEN 1814:

Festakt erinnert an Norwegens Schritt Richtung Eigenständigkeit

Deutsch-norwegische Begegnung I: Schüler aus dem norwegischen Skien und vom Kieler Ernst-Barlach-Gymnasium spielten auf dem Festakt im Kieler Schloss die historischen Ereignisse als Tanztheater nach.

Vor 200 Jahren wurde Schleswig-Holstein zum Kriegsschauplatz – und Kiel zum Ausgangspunkt einer neuen Friedensordnung für Skandinavien. Der Kieler Frieden von 1814 ebnete den Weg in die norwegische Unabhängigkeit. Zum runden Jubiläum kamen viele hochrangige Gäste aus Oslo an die Förde.

Im damals beschaulichen Universitätsstädtchen Kiel wurde am 14. Januar 1814 europäische Geschichte geschrieben, mit Nachwirkungen bis in die heutige Zeit. Der Kieler Frieden beendete die dänische Herrschaft über Norwegen – ein großer Schritt für das Land in Richtung Eigenständigkeit. Zum runden Jubiläum reiste eine hochrangige norwegische Delegation per Fähre aus Oslo nach Kiel, wo Landtag, Landesregierung und Stadtverwaltung ein Feierprogramm aufgelegt hatten. Höhepunkt: ein Festakt im Kieler Schloss.

Die Umstände, unter denen der Kieler Frieden zustande kam, waren alles andere als friedlich. Denn die gerade einmal 7.000 Einwohner zählende Fördestadt wurde im Winter 1813/14 zum Heerlager. Rund 8.000 schwedische Soldaten und russische Kosaken mit ebenso vielen Pferden hatten Kiel besetzt und mussten von der Bevölkerung versorgt werden. Das gestaltete sich schwierig, zumal die dänischen Truppen zuvor bei ihrem Abzug die Stadtkasse mitgenommen hatten. Schnee und arktische Temperaturen machten den Menschen zusätzlich zu schaffen –

verhinderten aber, dass sich der unter den Verwundeten grassierende Typhus zur Epidemie ausweitete.

Vom „Jammer und Unglück des Krieges“ ist dann auch im Text des Kieler Friedens die Rede, an deren Stelle das „Glück des Friedens“ treten sollte. „Das war mehr als ein bloße Floskel“, wie Landtagspräsident Klaus Schlie bei der deutsch-norwegischen Feierstunde im Kieler Schloss betonte: „Für den Norden Europas brachen friedliche Zeiten an.“

In der Tat haben Dänemark, Schweden und Norwegen seit Abschluss des Kieler Friedens keinen Krieg mehr untereinander geführt. Das war jedoch ein historisches Zufallsprodukt. Denn die schwedischen Truppen waren vor allem ins dänisch regierte Schleswig-Holstein vorgedrungen, um die Vorherrschaft Kopenhagens zu brechen. Die Schweden waren im Oktober 1813 bei der Leipziger Völkerschlacht am Sieg gegen

Napoleon beteiligt und wandten sich nun gegen Dänemark, das den französischen Kaiser unterstützt hatte. Letzte Gefechte wurden bei Bornhöved und bei Sehestedt ausgetragen, bevor das Heer kurz vor Weihnachten in Kiel einzog. Der Befehlshaber, Schwedens späterer König Jean-Baptiste Bernadotte, errichtete im Buchwaldschen Hof in der Dänischen Straße sein Quartier. Dort unterzeichneten Diplomaten aus Dänemark sowie den Siegermächten Schweden und Großbritannien den Friedensvertrag. Die Dänen verloren dabei ihre über vier Jahrhunderte andauernde Vorherrschaft über Norwegen und damit ihre Großmachtstellung in Nordeuropa.

Doch auch die Norweger waren zunächst alles andere als begeistert, wurde am Kieler Verhandlungstisch doch über ihre Köpfe hinweg entschieden. „In Norwegen fand es niemand gut“, so Vize-Außenminister Bård

Glad Pedersen beim Festakt im Schloss, „dass sein Vaterland wie eine Provinz einfach vom einen zum anderen weitergegeben wurde“. Die Folge: In Oslo brach eine Revolte gegen die neuen schwedischen Herren los, und die Norweger gaben sich am 17. Mai 1814 eine eigene Verfassung – „ein radikal-liberales Grundgesetz, das in weiten Teilen heute noch gilt“, wie der norwegische Botschafter Sven Erik Svedmann beim Festakt betonte. Im August 1814 setzten die Norweger ihre Verfassung dann gegen die neuen Landesherren durch. Auch wenn sich das Land der Fjorde erst 1905 endgültig von Stockholm lossagte, gilt der Friedensschluss von 1814 als Ursprung der norwegischen Eigenständigkeit. Und: Dass der Weg in die norwegische Unabhängigkeit in Kiel geebnet wurde, wisse in ihrem Land heute jedes Schulkind, wie die norwegischen Gäste unterstrichen.



Deutsch-norwegische Begegnung II: In der Kieler Innenstadt wurde am 14. Januar 2014 der „Platz des Kieler Friedens“ eingeweiht. Landtagspräsident Klaus Schlie, Storting-Präsident Olemic Thommessen, Botschafter Sven Erik Svedmann und Kiels Bürgermeister Peter Todeskino (v.li.) waren Taufpaten. Thommessen war auch im Landeshaus zu Gast, traf mit dem Ältestenrat zusammen und lud Landtagspräsident Schlie zum Gegenbesuch nach Oslo ein.

150 Jahre deutsch-dänischer Krieg: Gedenken in Kiel und im Grenzland

Die Düppeler Schanzen sind heute eine Erinnerungsstätte: Traditionelle Uniformen und eine Kanone aus dem 19. Jahrhundert ergänzen eine umfangreiche historische Ausstellung



Aus Feinden wurden Partner und gute Nachbarn: Am 6. Februar, 150 Jahre nach Ausbruch des deutsch-dänischen Krieges, wurde bei einem gemeinsamen Festakt das heute beispielhafte Zusammenleben der Menschen in der Grenzregion gewürdigt.

150 Jahre nach den Ereignissen von 1864 haben das dänische Parlament und der Schleswig-Holsteinische Landtag an die blutige Auseinandersetzung zwischen Dänemark, Preußen und Österreich erinnert. In einer gemeinsamen Veranstaltung im Landeshaus unterstrichen Landtagspräsident Klaus Schlie und der Präsident des dänischen Folketings, Mogens Lykketoft, den für ganz Europa beispielhaften Wandel in der Grenzregion zum Miteinander.

Am Vormittag hatten Lykketoft, Schlie und der Landtags-

präsident aus der Steiermark, Franz Majcen, bei Oeversee (Kreis Schleswig-Flensburg) drei Kränze niedergelegt und der Toten der dortigen vorentscheidenden Schlacht des deutsch-dänischen Krieges gedacht. Dort erinnerten auch rund 700 Teilnehmer des traditionellen Oeversee-Marsches an die Toten des Gefechts. Anschließend führten die Präsidenten nach Kiel und trugen sich ins Gästebuch des Landtages ein. An einer Gesprächsrunde nahmen auch Vertreter der deutschen und dänischen Minderheiten teil.

Millionen von Menschen seien in den vergangenen Jahrhun-

derten von autoritären und totalitären Regierungen in Europa aus ihrer Heimat vertrieben worden, um Grenzen zu bilden, sagte Schlie. „Die Menschen dies- und jenseits der Grenze stehen sich aber oft sehr viel näher, als manch einem Bewohner, der formell zum gleichen Volk, zum gleichen Staat gehört.“ Das Miteinander in der deutsch-dänischen Grenzregion sei ein großartiges Beispiel für ein grenzüberschreitendes Zusammengehörigkeitsgefühl. „Hier haben sich starke Gemeinsamkeiten entwickelt. Der Austausch, ob im kulturellen oder Arbeitsleben, ist intensiv und vorbildlich“, so Schlie.

Lykketoft betonte, gerade weil das Grenzgebiet zwischen Dänemark und Deutschland früher unter furchtbaren Kriegen

gelitten habe, sei es so positiv, „dass die Region heute für ganz Europa als leuchtendes Beispiel einer Grenzregion dasteht“. In der Region lebten und arbeiteten Deutsche und Dänen nicht nur gemeinsam, sondern seien auch auf inspirierende und verträgliche Weise miteinander verflochten.

Nach seiner Niederlage 1864 gegen die preußischen und österreichischen Truppen verlor Dänemark die Hoheit über die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg. Tausende Soldaten fanden in dem Krieg den Tod. Als kriegsentscheidend gilt die Schlacht an den Düppeler Schanzen nahe der Flensburger Förde vom 18. April 1864.

Landtagspräsident Schlie:

Für politische Gemeinschaft und kulturelle Vielfalt

Der Krieg von 1864 bedeutete eine historische Zäsur, für Schleswig-Holstein wie für Dänemark. So fällt auch der Blick auf die Ereignisse vor 150 Jahren nördlich und südlich der Grenze verschieden aus. Diese unterschiedlichen Sichtweisen sind ein Ausdruck kulturellen Reichtums im heutigen Europa, betont **Landtagspräsident Klaus Schlie** in einem Beitrag für die Landtagszeitschrift.

Vor 150 Jahren tobte zwischen Dänen, Österreichern und Preußen ein Krieg, der sogenannte „deutsch-dänische“ Krieg von 1864. In diesem Jahr erinnerte der Landtag zusammen mit dem dänischen Folketingspräsidenten und dem Ersten Präsidenten des Landtages der Steiermark an diese Ereignisse und würdigte sie durch gemeinsame Kranzniederlegungen, Gedenkveranstaltungen und eine Ausstellung.

Der Krieg von 1864 hinterließ in der historischen Erinnerung von Dänen und Schleswig-Holsteinern sehr unterschiedliche Spuren. In Dänemark wird mit dem Jahr 1864 bis heute ein tiefer Einschnitt in die eigene Geschichte verbunden, der aus der Niederlage gegen die Preußen und Österreicher heraus den modernen dänischen Nationalstaat entstehen ließ: Durch den Verlust Schleswigs, Holsteins und Lauenburgs an Preußen war Dänemark nur noch ein Kleinstaat. Ein Kleinstaat allerdings mit einer fortschrittlichen demokratischen Verfassung und einer homogenen Bevölkerung, was eine für Europa vergleichsweise friedliche Entwicklung zu einem demokratischen und sozialen Nationalstaat ermöglichte. Deutschlands Weg nach 1864, den auch Schleswig-Holstein mitging, verlief weitaus weniger friedlich und demokratisch. Der Erste Weltkrieg, vor allem aber der Zweite Weltkrieg mit seinen schrecklichen Verbrechen und

Folgen prägte die Deutschen tief und ließ den angesichts dessen eher „kleinen“ Krieg von 1864 fast vergessen.

Die gemeinsamen deutsch-dänischen Erinnerungsfeierlichkeiten 2014 sind deshalb umso wichtiger, denn die Erkenntnis, dass bis heute unter europäischen Nachbarn und Partnern unterschiedliche Sichtweisen und Bedeutungszumessungen auf historische Ereignisse bestehen, ist wichtig.

Unterschiedliche Sichtweisen sind eine Bereicherung, denn sie regen zum Nachdenken an. Sie verdeutlichen zugleich, dass die europäische Geschichte mit ihren zahlreichen Konflikten der Vergangenheit eine besondere Herausforderung für die Bürgerinnen und Bürger Europas darstellt, denn der bisher erreichten, sehr erfolgreichen wirtschaftlichen und politischen Gemeinschaft der europäischen Völker steht eine kulturelle Vielfalt gegenüber, die ganz wesentlich auch aus unterschiedlichen Sichtweisen auf die jeweils eigene nationale Vergangenheit geprägt ist.

Politische Einheit und kulturelle Vielfalt sind keine Wider-

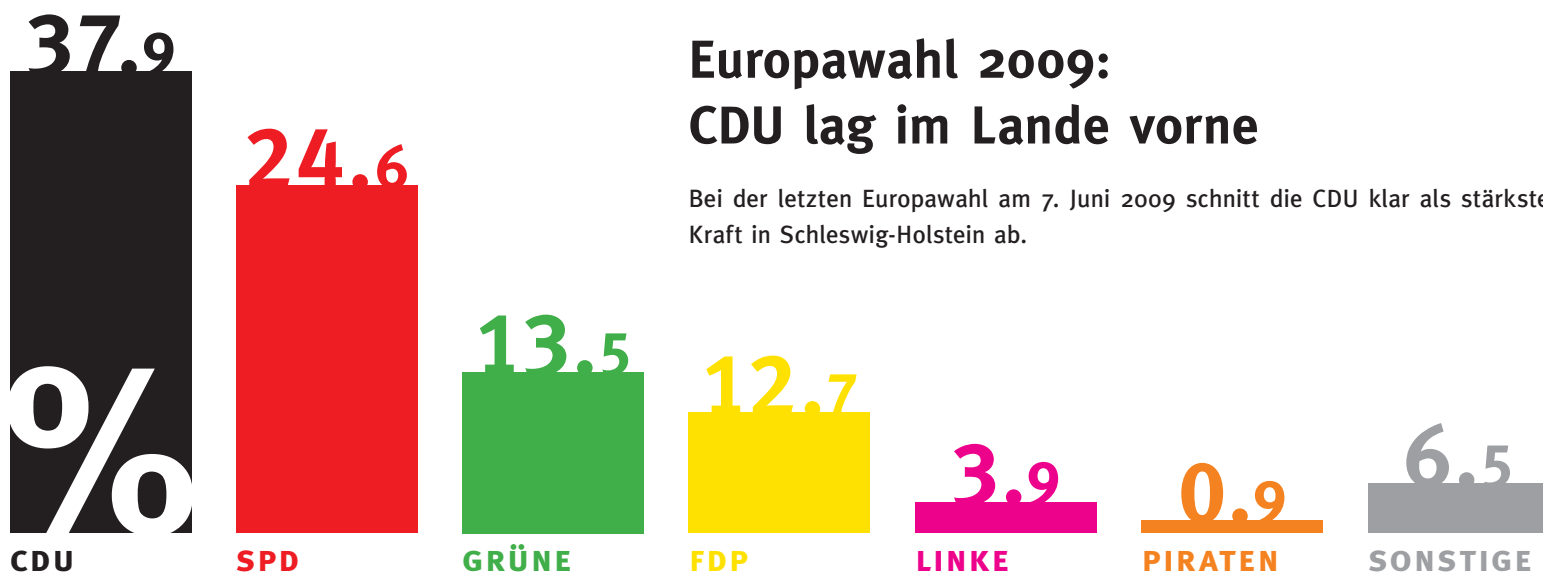
sprüche, sie sind vielmehr eine europäische Realität und zugleich Europas Reichtum. Die gemeinsame Erinnerung an den Krieg von 1864 zeigt das deutlich: In Dänemark und in Schleswig-Holstein haben die unterschiedlichen Sichtweisen und auch die unterschiedliche Bedeutung von 1864 jeweils zu neuen Einsichten geführt. Dänische Historiker hinterfragen heute das durch einseitige nationale Perspektiven geschönte Bild des Krieges von 1864. Auf schleswig-holsteinischer Seite hat man das Jubiläumsjahr zum Anlass genommen, in gemeinsamen deutsch-dänischen Projekten die Kenntnis dieses für unser Land und die Grenzregion so wichtigen Ereignisses wieder zu vertiefen und damit Verständnis dafür zu wecken, warum unseren dänischen Nachbarn und auch den Angehörigen der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein das Jahr 1864 bisher so viel mehr bedeutet hat.

Das ist ein vielversprechender, und mit Blick auf Europa ein vorbildlicher Weg, mit konfliktbeladener Geschichte umzugehen. Wenn bei der Rückbesinnung auf die Vergangenheit bestehende Unterschiede nicht kleingeredet und harmonisiert werden, sondern als fruchtbare Ansätze für gemeinsame Entdeckungen genutzt werden, dann wird ein tragfähiges Fundament dafür bereit, dass Europas Bürgerinnen und Bürger gerade in der Vielfalt und auch in der Gegensätzlichkeit ihrer Geschichte eine zukunftssträchtige Gemeinsamkeit erkennen.

**Landtagspräsident
Klaus Schlie**



150 Jahre nach dem deutsch-dänischen Krieg erinnerten der Landtag und das dänische Folketing an die Ereignisse von 1864. Landtagspräsident Klaus Schlie (li.) und der Präsident des Kopenhagener Parlaments, Mogens Lykketoft, besuchten Anfang Februar gemeinsam die historische Ausstellung im Landeshaus.



Europawahl 2009: CDU lag im Lande vorne

Bei der letzten Europawahl am 7. Juni 2009 schnitt die CDU klar als stärkste Kraft in Schleswig-Holstein ab.

Die Union verzeichnete zwar Verluste von rund neun Prozentpunkten gegenüber dem Wahlgang 2004, lag aber mit 37,9 Prozent der Stimmen weit vor der SPD, die nur 24,6 Prozent erreichte. Damit schnitten die Sozialdemokraten noch schlechter ab als bei ihrem bis dahin schwächsten Ergebnis fünf Jahre zuvor (25,4 Prozent).

Die Grünen erreichten 13,5 Prozent (2004: 13,2 Prozent) und die FDP 12,7 Prozent (2004: 6,3 Prozent). Linke und Piraten scheiterten an der damals noch gültigen Fünf-Prozent-Hürde. Die Wahlbeteiligung lag bei 36,8 Prozent.

Quelle: Amtliches Endergebnis der Landeswahlleitung Schleswig-Holstein

EUROPAWAHL 2014

DAS WAHLRECHT:

Ein Kreuzchen, 751 Sitze

Europaweite Unterschiede: Die EU-Wahl findet in den 28 Mitgliedsländern über vier Tage verteilt statt: vom Donnerstag, dem 22. Mai, bis zum Sonntag, dem 25. Mai, an dem auch in Deutschland die Wahllokale von 8 bis 18 Uhr geöffnet sind. 400 Millionen Bürger wählen 751 Abgeordnete. Die Auszählung startet erst nach Schließung aller Wahllokale in allen Ländern. In jedem Land gelten eigene Wahlsysteme. Europaweit vorgeschrieben ist allerdings die Verhältniswahl.

Deutsches Wahlsystem: Anders als bei der Landtags- und der Bundestagswahl, wo die Wähler mit der Erststimme einen Wahlkreiskandidaten und mit der Zweitstimme eine Parteiliste wählen können, gibt es bei der Europawahl in Deutschland ein reines Verhältniswahlrecht. Die Wähler haben also nur eine Stimme, die sie einer Parteiliste geben können. Diese Listen gelten in der Regel bundesweit; es gibt also keine Listen mit ausschließlich schleswig-holsteinischen Kandidaten. Bei der letzten Europawahl 2009 traten bundesweit 32 Parteien an.

Abgeordnetenanzahl: In Deutschland werden 96 Abgeordnete des Europäischen Parlaments gewählt. Zuvor waren es 99. Bisher kamen drei „MdEP“ aus Schleswig-Holstein: Reimer Böge (CDU), Ulrike Rodust (SPD) und Britta Reimers (FDP).

Wahlperiode: Die Legislaturperiode des Europäischen Parlaments beträgt fünf Jahre.

Wahlberechtigt: Wählen dürfen alle deutschen Staatsbürger wie auch alle anderen in Deutschland lebenden Bürger der Europäischen Union, die am Wahltag mindestens 18 Jahre alt sind und seit mindestens drei Monaten innerhalb der EU wohnen. Sogenannte Unionsbürger dürfen sich auch EU-weit zur Wahl stellen. Das Wahlrecht darf nur in jeweils einem Mitgliedstaat ausgeübt werden.

Sitzzuteilung: Wie auch bei Landtags- und Bundestagswahlen werden die Stimmen nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers in Sitze umgerechnet.

KARLSRUHE KIPPT SPERRKLAUSEL:

Lob und Tadel im Landtag

Bei der Europawahl 2014 wird es erstmals keine Sperrklausel mehr geben, die den Einzug kleiner Parteien ins Parlament verhindert.

Das Bundesverfassungsgericht hat die vom Bundestag beschlossene Drei-Prozent-Hürde Ende Februar einkassiert. Nach Ansicht der Richter verstößt die Sperrklausel bei Europawahlen gegen die Grundsätze der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der Parteien. Zuvor hatte Karlsruhe bereits die bis 2009 gültige Fünf-Prozent-Regel gekippt. Das Urteil stieß im Lande auf unterschiedliche Reaktionen. Kritik kam von SPD und CDU, bei der FDP herrschte Zurückhaltung, und Lob gab es bei Grünen, Piraten und SSW.

Nach Auffassung der SPD-Fraktion ebnet der Richterspruch „den Weg für Rechtspopulisten und Anti-Europäer, von denen es im Europäischen Parlament schon genug gibt“. Die CDU sorgt sich um die Funktionsfähigkeit des EU-Parlaments, wenn Splitterparteien und radikalen Kräften der Einzug gelingt. Die FDP gab sich zurückhaltend und sprach von einem „bemerkenswerten“ Urteil, das man mit Respekt zur Kenntnis nehme.

Die Grünen-Fraktion begrüßte das Urteil dagegen im Grundsatz als „weiteren Schritt auf dem Weg der Demokratisierung“ – auch wenn es eine „Herausforderung“ darstelle, sich mit populistischen Parteien auseinandersetzen zu müssen. Eine „weise Entscheidung“ sah der SSW. Von einem großen Tag für die Demokratie sprachen die Piraten. Ein „Kartell der etablierten Parteien aus CDU, SPD, Grüne und FDP“ sei erneut daran gescheitert, „unter Verstoß gegen das Grundgesetz unliebsame Konkurrenz ausschließen zu wollen“. Nun müsse auch für den Landtag die Sperrklausel – sie beträgt fünf Prozent – abgeschafft oder zumindest deutlich gesenkt werden.

6 THESEN – 6 ANTWORTEN

Europapolitiker zur Europawahl

THESE: Sowohl die Fünf- als auch die Dreiprozenthürde zur Europawahl sind vorm Bundesverfassungsgericht gescheitert. Es bleibt der Eindruck, dass sich die größeren Parteien ihre Dominanz sichern und zugleich kleinere Parteien klein halten wollten.

Angelika Beer (Piraten):



„Das Hauptinteresse der Befürworter der Hürde ist es, kleinere Parteien aus dem Parlament zu halten, um dessen Handlungsfähigkeit zu steigern. Dies ist ein legitimes Anliegen. Aus unserer Sicht überwiegt es jedoch nicht das demokratische Interesse der Gleichheit der Wahl. Denn die Verlierer wären nicht nur die kleineren Parteien, sondern vor allem die vielen Wähler, deren Stimmen verloren gehen: Bei den letzten beiden Europawahlen 2009 und 2004 waren dies jeweils um die zehn Prozent (über 2,5 Millionen).“

THESE: Das Europäische Parlament sollte die Stimme der Bürger bei europäischen Angelegenheiten sein. Aber während der Finanzkrise und der Debatte über Rettungsschirme und Spar-Auflagen war das EU-Parlament kaum beteiligt.

Peter Lehnert (CDU), Vorsitzender des Europaausschusses:



„Das Europäische Parlament entscheidet im Rahmen der Europäischen Verträge weitestgehend gleichberechtigt mit dem Rat über EU-Gesetze, die den Alltag von 500 Millionen Menschen beeinflussen. Die Maßnahmen zur Bewältigung der europäischen Finanzkrise betreffen demgegenüber mehrere Rechtsebenen: das europäische Vertragswerk, völkerrechtliche Vereinbarungen sowie aus deutscher Sicht das Grundgesetz. Im Rahmen des Stabilitätsmechanismus können die Mitgliedsstaaten der Eurozone Finanzhilfen unter strengen Auflagen gewähren. Es geht dabei also vorrangig um den Haftungsumfang der nationalen Haushalte und damit in Deutschland um das Budgetrecht des Deutschen Bundestages.“

THESE: Bei der Europawahl schicken die dänischen Nachbarn einen Abgeordneten pro 431.000 Einwohner nach Brüssel und Straßburg, während es hierzulande nur ein Abgeordneter pro 851.000 Einwohner ist. Einige Länder entsenden zehnmal so viele Abgeordnete pro Einwohner wie andere. Das ist undemokratisch.

Ekkehard Klug (FDP):



„Die Verteilung der Parlamentsmandate auf die Mitgliedsstaaten stellt gegenwärtig einen Kompromiss dar: Einerseits soll gesichert werden,

dass auch die kleinen Länder eigene Abgeordnete stellen, andererseits will man vermeiden, dass das Europaparlament ein „XXXXL“-Format erhält – und am Ende sogar noch größer wäre als der chinesische Volkskongress. Die Lösung läge nach meiner Ansicht in der Einführung eines Zweikammer-Systems: Bei der Wahl der Ersten Kammer könnten dann die Stimmen aller EU-Bürger und -Bürgerinnen absolut gleich viel „wert“ sein, während die Zweite Kammer – ähnlich wie der Senat in den USA – dazu da wäre, eine parlamentarische Vertretung aller Mitgliedsstaaten zu sichern.“

THESE: Etwa 80 Prozent aller nationalen Gesetze entstehen auf EU-Ebene. Nationale Politiker heften sich oft die Erfolge an die eigene Brust, während bei unangenehmen Entscheidungen von einem „Diktat aus Brüssel“ die Rede ist.

Jette Waldinger-Thiering (SSW):



„Schleswig Holstein ist ein Teil Europas, die Nord- und Ostsee verbindet unser Land mit unseren europäischen Nachbarn. Als Europäer stoße ich manchmal auf fehlendes Verständnis von nationalen Politikern und BürgerInnen. Das ist aber nicht angebracht. Die Menschen prägen Europa, die EU prägt unsere Gesellschaft. Egal ob es um Schulmilch, Tourismus, Sicherheit im Internet, EU-Förderprogramme für z.B. den ländlichen Raum oder Kennzeichnung der Lebensmittel geht, die EU beeinflusst unser Leben. Europa wählen bedeutet auch, sein Schicksal selbst in die Hand nehmen.“

THESE: Die Bedeutung der Europawahl tritt in den Hintergrund, weil Medien und Politik zu häufig von einer ‚Testwahl‘ für die Regierung der Mitgliedsländer sprechen.

Regina Poersch (SPD):



„Die Europawahl ist eine Testwahl für Europa. Gelingt es uns, zu einer Parlamentswahl aufzurufen, die aus sich heraus Bedeutung für jede und jeden einzelnen von uns hat? Gelingt es uns, für ein demokratisches Europa zu werben? Gelingt es uns, Menschen zu überzeugen, dass Europa ein demokratisch gestärktes Parlament dringend braucht, will es nicht zu reinen Treffen von Regierungschefs verkümmern? Dies sind einige wenige aber elementare Punkte, um die es bei der Wahl zum Europäischen Parlament geht. Darüber öfter in den Medien zu lesen, würde mich freuen. Dies rückte dann auch den eigentlichen Sinn der Europawahl ins Zentrum. Und dann könnte ich die These frohen Herzens mit Nein beantworten.“

THESE: Einige Parteien treten bei dieser Wahl erstmals mit europaweiten Spitzenkandidaten an. Dadurch werden politische Inhalte mit Gesichtern verknüpft. Das macht den Urnengang für die Wähler transparenter.

Bernd Voß (Grüne):



„Damit Demokratie in Europa funktionieren kann, braucht es so etwas wie eine europäische Öffentlichkeit. Eine Unterstützung auf dem Weg dahin sehe ich darin, dass sich Parteien europaweit organisieren. Ein weiterer Baustein sind europaweite SpitzenkandidatInnen. Die Verknüpfung von politischen Inhalten mit konkreten Personen, die sichtbar und wiedererkennbar für diese Inhalte eintreten, erleichtert den Wählern und Wählerinnen die Orientierung. Meine Prognose ist: Die Tendenz der Parteien, sich europaweit zu organisieren, und auch europaweit mit einheitlichen Programmen und denselben Gesichtern um Unterstützung der Wähler und Wählerinnen zu werben, wird zunehmen.“

EU IM LANDTAG:

Fördergelder und Freizügigkeit



Im Vorfeld der Europawahl hat der Landtag in den vergangenen Wochen mehrfach über europapolitische Themen debattiert.

Mehr Mittel aus Brüssel

Gute Nachricht für die ländlichen Regionen: Schleswig-Holstein erhält ab 2014 mehr Finanzmittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) als in den Jahren zuvor. Streit gab es im März über die richtige Verwendung der Mittel.

Für den ländlichen Raum stehen in den nächsten sieben Jahren über 419 Millionen Euro zur Verfügung und damit 117 Millionen Euro mehr als in der auslaufenden Förderperiode, unterstrich Umweltminister Robert Habeck (Grüne) in einem von der Union beantragten Bericht. Davon, so Habeck, könnten 71 Millionen Euro ohne Kofinanzierung vergeben werden. Heißt: Das Land muss nicht für jeden Euro aus Brüssel selbst einen Euro dazulegen. Als Förderungsschwerpunkte nannte Habeck den Gewässerschutz, den Artenschutz und alternative Energien. Ferner veranschlagt Habecks Ministerium rund 15 Millionen Euro für Breitband-Ausbau, Tourismus und Bildung. 30 Millionen sollen

für den Vertragsnaturschutz zur Verfügung stehen.

In der Debatte lobten die Vertreter der Nord-Ampel und der Piraten die Pläne des Ministers als Beitrag zu einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Politik im ländlichen Raum. Harsche Kritik kam hingegen von Union und FDP. Oliver Kumbartzky (FDP) warf Habeck vor, Geschenke an die „eigene Klientel“ zu verteilen und keine Strategie für die Zukunft des ländlichen Raumes zu haben. Und Heiner Rickers (CDU) kritisierte, der Minister betreibe eine Ökologisierung durch die Hintertür. Das schade der weitaus ertragsreicheren kommerziellen Erzeugung Landwirtschaft, so Rickers.

Kein Aufnahmeprogramm für junge Spanier

Die CDU ist mit ihrem Vorstoß, 500 arbeitslosen Jugendlichen aus einer „noch festzulegenden Region“ in Spanien ein Ausbildungsprogramm in Schleswig-Holstein zu ermöglichen, im Februar auf Ablehnung gestoßen.

Die Europäische Union müsse vor Ort helfen; es sei „wenig sinnvoll“, junge Leute aus Südeuropa abzuwerben, sagte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer

(SPD). Zudem gebe es hierzulande bereits entsprechende Aktivitäten wie das Projekt „Moin España“ der Handwerkskammer Lübeck. Für Volker Dornquast (CDU) hat der Vorschlag dagegen zwei Vorteile: Es werde sowohl den Jugendlichen in Südeuropa geholfen wie auch den Betrieben in Schleswig-Holstein. „Uns fehlen im Land immer mehr Auszubildende“, vor allem in der Gastronomie und der Pflege, begründete Dornquast. Und: „Die jungen Leute in Südeuropa brauchen keine Phrasen oder Bedenken, sondern sofortige Hilfe.“ Europa-, Wirtschafts- und Bildungsausschuss beraten weiter.

Diskussion um „Armutszuwanderung“

Die Landespolitik ist sich im Grundsatz einig: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU ist eine Chance für die Entwicklung Deutschlands und Europas und nützt angesichts von Fachkräftemangel und demografischem Wandel auch Schleswig-Holstein.

Differenzen gab es im Januar aber über die sogenannte „Armutszuwanderung“. Die CSU hatte zuvor vor einem massenhaften Zustrom ins deutsche

Sozialsystem, vor allem durch Osteuropäer, gewarnt. Astrid Damerow (CDU) mahnte, „Ängste und Befürchtungen der Bürger“ nicht zu ignorieren. Die Politik müsse diese aufnehmen und diskutieren, „sonst verstetigen und verselbstständigen sie sich – und das ist eine noch größere Gefahr“. Gleichzeitig unterstrich sie aber, ihre Partei stehe zur Arbeitnehmerfreizügigkeit und Willkommenskultur. Christopher Vogt (FDP) erklärte, die Arbeitnehmerfreizügigkeit ermögliche erst „die Idee vom gemeinsamen Haus Europa“. Diese Idee „durch billigen Populismus im Vorwahlkampf zu diskreditieren, zu verfälschen und abzuwerten, ist perfide und grundfalsch“, so Vogt.

Auch aus der Koalition kam Widerspruch gegen den bayrischen Vorstoß. Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben konstatierte, das Bild der Massenzuwanderung aus Osteuropa sei „schlicht falsch“. Die große Mehrheit der Einwanderer sei sozialversicherungspflichtig beschäftigt und leiste „einen wichtigen Beitrag für die Stabilität unseres Landes“.



DIE SEITE FÜR DAS EHRENAMT

Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

FAG-Reform geht in die heiße Phase

Die viel diskutierte Neuordnung des über 40 Jahre alten Kommunalen Finanzausgleichs (FAG) startet in die entscheidende Phase. Der Landtag hat den Gesetzentwurf von Innenminister Andreas Breitner (SPD) im März nach kontroverser Erster Lesung an den Innen- und Rechts- sowie den Finanzausschuss überwiesen. Die Beschlussfassung ist für den November geplant, zum 1. Januar 2015 soll die Reform in Kraft treten.

Es geht um rund 1,5 Milliarden Euro pro Jahr, die das Land an die Kommunen weitergibt. Nach dem neuen Verteilungsschlüssel sollen die kreisfreien Städte (+22,9 Millionen Euro) und die kreisangehörigen Gemeinden (+30,8 Millionen) künftig besser dastehen, weil sie höhere Sozialausgaben zu schultern haben oder Freibäder und Theater unterhalten, von denen auch das Umland profitiert. Leidtragende wären die Landkreise (-53,7 Millionen).

Innenminister Breitner warb im Landtag um Unterstützung für seinen „modernen und zukunftsfähigen“ Entwurf. „Starke Schultern sollen mehr tragen, schwächeren wird geholfen“, betonte er. Die Kreise stünden finanziell am besten da, während die hohen Sozialkosten „das Armutsrisiko Nr.1“ für die Städte seien. CDU, FDP und Piraten ließen dagegen kein gutes Haar an Breitners Zahlenwerk. Für Oppositionsführer Johannes Callsen (CDU) produziert der Entwurf

„wenige vermeintliche Gewinner auf Kosten zahlreicher Verlierer“. Insbesondere der ländliche Raum werde „durch Geldentzug

massiv geschwächt“. Ein CDU-Papier mit Gegenvorschlägen wird ebenfalls im Ausschuss beraten.

Sitzungen im Netz: Schleswig-Holsteins Bürger können künftig die Sitzungen ihrer Gemeinderäte, Ratsversammlungen oder Kreistage live im Internet verfolgen – vorausgesetzt, die kommunale Hauptsatzung wird entsprechend geändert. Den Weg hierfür hat der Landtag im März mit einstimmigem Votum freigemacht. Die Kommunen können demnach „bestimmen, dass in öffentlichen Sitzungen Film- und Tonbandaufnahmen durch die Medien mit dem Ziel der Veröffentlichung zulässig sind“. Die Initiative zu dem Gesetz stammt von den Piraten. Sie wollen so die Bürger stärker in die politischen Prozesse vor Ort einbinden.

Straßenbaugebühen: Seit November 2012 müssen die schleswig-holsteinischen Kommunen von Bürgern oder Firmen beim Straßenbau vor ihrer Haustür Ausbaubeiträge kassieren. Das will die FDP ändern und zur alten, von Schwarz-Gelb im Frühjahr 2012 eingeführten Regelung zurückkehren. Danach war es den Kommunen freigestellt, ob sie Bürger am Straßenausbau beteiligen oder nicht. Der Gesetzentwurf wurde im März an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. Die „Wahlfreiheit“

sei bürgerfreundlicher, argumentieren die Liberalen. Die Nord-Ampel hatte den Entscheidungsspielraum mit dem Argument abgeschafft, ein Standort-Wettbewerb ginge zu Lasten finanzschwacher Gemeinden.

Landesplanung/Fracking: Mithilfe der Raumordnung will Schleswig-Holstein eine Schutzmauer gegen CCS und Fracking errichten. Das neue Landesplanungsgesetz, das der Landtag im Januar mit der Mehrheit der Koalition beschlossen hat, weitet die Kompetenz der Planungsbehörden auf den Untergrund aus. Die umstrittene Kohlendi-oxid-Speicherung im Boden wie auch die Förderung von Erdöl und Erdgas unter Einsatz von Chemikalien sollen damit verboten werden.

Ein weiterer Kernpunkt des Gesetzes: Statt in fünf wird Schleswig-Holstein nur noch in drei Planungsräume aufgeteilt – den Norden, den Großraum Kiel sowie den großen Rest im Umfeld der Metropole Hamburg. Für Streit sorgte vor allem, dass die Koalition die Stadt Neumünster weiterhin dem Raum Kiel zuordnet, obwohl der dortige Stadtrat eine Angliederung an den Süden gefordert hatte. Dies sei eine „Entscheidung nach Gutsherrenart“, monierte Petra Nicolaisen (CDU). Hier ging Kirsten Eickhoff-Weber,

SPD-Abgeordnete aus Neumünster, auf Gegenkurs. Die Schwale-Stadt gehöre nicht nur zur Metropolregion, sondern „mitten in dieses Land mit Ausstrahlung ins Umland und in die Kiel-Region“.

Altersgrenzen: Mit Zuspruch hat eine breite Mehrheit auf den FDP-Vorstoß reagiert, die bisherigen Altersbeschränkungen für Bürgermeister- und Landratskandidaten zu kippen. Die Regelungen im Kommunalrecht seien veraltet, diskriminierend und liefen der demografischen Entwicklung zuwider, hieß es in der Februarsitzung. Die Liberalen wollen erreichen, dass Männer und Frauen künftig schon mit 21 Jahren gewählt werden können. Derzeit liegt das Zulassungsalter bei 27 Jahren. Und: Bislang dürfen sich für das Amt des Bürgermeisters oder des Landrates nur Kandidaten bewerben, die am Wahltag höchstens 62 Jahre alt sind. Spätestens am 68. Geburtstag haben die Verwaltungschefs dann die Altersgrenze erreicht, und sie müssen ausscheiden. Auch das will die FDP abschaffen. Der Entwurf wurde an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.

Der Landtag in LEICHTER SPRACHE

Alle Menschen sollen verstehen, was im Landtag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, lesen und dem Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.

Für einen Urlaub ohne Hindernisse

Auch Urlauber mit einer Behinderung sollen sich in Schleswig-Holstein wohl fühlen.

Viele sorgen für guten Urlaub. Busse und Bahnen, Hotels und Gaststätten sollen auf Gäste mit einer Behinderung achten. Das wollen alle Abgeordneten im Landtag.

Zum Häuser bauen und für Straßen und Plätze bekommt Schleswig-Holstein Geld von der Europäischen Union dazu. Damit sollen Barrieren weg kommen.

Es soll auch mehr Hilfen für behinderte Menschen geben. Das wollen die Abgeordneten. Schleswig-Holstein soll mit anderen Bundes-Ländern in die „Arbeitsgemeinschaft Barrierefreie Reiseziele in Deutschland“.



Das Problem: wenige Hotels im Land sind auf den Besuch von Menschen mit Behinderung vorbereitet. Zum Beispiel: von 100 Hotelbetten ist nur eins gut. Es müssten aber 10 sein. Denn 10 von 100 Menschen sind körper-behindert.

Fachleute sagen: Sehr viele Menschen haben im Urlaub Probleme mit Barrieren: Alte Menschen, Menschen im Roll-Stuhl, Ausländer, Hör-Behinderte, Seh-Behinderte, Sprach-Behinderte aber auch Familien mit Kinder-Wagen.

Neues Heft erklärt die Europa-Wahl



Am 25. Mai ist Europa-Wahl. Dann wählen die Menschen das Europäische Parlament. Ein neues Heft erklärt, was die Europäische Union ist und was das Europäische Parlament ist.

Das Heft erklärt auch, worum es bei der Europa-Wahl

geht und wie die Bürger ihre Stimme abgeben können. Das Heft kommt von der Bundeszentrale für politische Bildung und vom Sozial-Verband Deutschland.

Das Heft gibt es kostenlos beim Landtag:

→ bestellungen@landtag.ltsh.de.

→ Oder über die Telefonnummer 0431/988 1163.

Oder auch beim Sozial-Verband:

→ jugend@sovd.de

ERKLÄRUNGEN:

Landtag: Der Landtag vertritt die Interessen der Menschen in Schleswig-Holstein. Der Landtag macht Gesetze. 69 Leute gehören zum Landtag. Diese Leute heißen Abgeordnete. Sie werden alle fünf Jahre gewählt.

Europäische Union: 28 Länder in Europa gehören zur Europäischen Union. Union heißt Vereinigung. Die 28 Länder haben gemeinsame Ziele. Viele Länder der Europäischen Union haben offene Grenzen. Viele Länder haben gemeinsames Geld, den Euro. Das Europäische Parlament vertritt die Interessen der Menschen in Europa.

WAHLPLAKATE:

Keine landesweiten Vorgaben

Wer darf im Wahlkampf an welcher Stelle seine Plakate aufhängen? Dieses Thema hat im Februar den Petitionsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss beschäftigt. Ergebnis: Die Rechtslage ist kompliziert, und am Ende entscheidet die Gemeinde vor Ort.

Steht eine Wahl bevor, prägen Plakate das Straßenbild. Das dient der Meinungsbildung, kann aber auch für Unmut sorgen. So wundern sich die Parteien, dass sich die Regeln für die Wahlwerbung von Ort zu Ort unterscheiden. Mancherorts können sie ihre Plakate aufhängen, wo sie möchten; woanders werden Plätze zugeteilt. Kleinere Parteien klagen, dass die Großen ihnen die besten Standorte wegschnappen. Und Autofahrer ärgern sich, wenn ein Plakat die Sicht auf die nächste Kreuzung behindert.



Einfahrt verboten, Plakatieren erlaubt? Über Wahlwerbung an Straßen und Plätzen wird mancherorts diskutiert.

Vor diesem Hintergrund hat sich ein Bürger aus Ostholstein an den Petitionsausschuss gewandt. Seine Forderung: Das Land solle einheitliche Vorgaben für die „Wahlsichtwerbung im öffentlichen Verkehrsraum“ schaffen. Damit stieß er bei den Abgeordneten zwar auf große Sympathie. Allerdings „widersprechen einheitliche oder überregionale Vorgaben den Grundsätzen der kommunalen Selbstverwaltung“, wie der Petitionsausschuss in seinem aktuellen Quartalsbericht feststellt.

Im zusätzlich eingeschalteten Innen- und Rechtsausschuss kam der Vorschlag auf, Landeswahlleiterin Manuela Söller-Winkler solle eine Broschüre mit Tipps für ideale Plakatstandorte herausgeben. Aber: Auch das würde den Grundsatz der kommunalen Eigenständigkeit verletzen, so die Wahlleiterin. Außerdem seien die Hauptstraßen und Ortskerne in Schleswig-Holsteins Dörfern so verschieden, dass es keine Patentrezepte gebe.

Zudem ist die Rechtslage kompliziert, denn im Land kursieren mehrere Erlasse zu diesem Thema. Vertreter des Innenministeriums kündigten im Innen- und Rechtsausschuss jedoch an, mit Blick auf kommende Wahlen hier für Klarheit zu sorgen.

Unbestritten bleiben zwei Punkte. Zum einen haben die Parteien in aller Regel einen Anspruch darauf, öffentlich für ihre Positionen und ihre Kandidaten zu werben. „Subjektiv empfundene optische Beeinträchtigungen“ müssten hingenommen werden, heißt es aus dem Verkehrsministerium. Und: Außerhalb geschlossener Ortschaften sowie an Brücken, Ampeln und Kreisverkehren ist das Plakatieren grundsätzlich verboten.

Bürgerpreis 2014 startet

Bereits zum elften Mal schreiben der Sozialausschuss des Landtages und die schleswig-holsteinischen Sparkassen den Bürgerpreis für ehrenamtliches Engagement aus.

Unter dem Motto „Vielfalt fördern – Gemeinschaft leben“ würdigt der Bürgerpreis in diesem Jahr ehrenamtliche Personen und Projekte, die sich für Teilhabe und Toleranz einsetzen – sei es für unterschiedliche Nationalitäten und Religionen, für verschiedene sexuelle Identitäten oder für Menschen, die von Krankheit und Behinderung betroffen sind.

Im regionalen Wettbewerb werden zunächst zehn Teilnehmer vornominiert. Alle Nominierten können sich über ein Filmportrait ihres Projekts freuen. Insgesamt werden Sach- und Geldpreise im Gesamtwert von 30.000 Euro vergeben. Schirmherren des Wettbewerbs auf Landesebene sind Landtagspräsident Klaus Schlie und Reinhard Boll, Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes.

Vereine oder Einzelpersonen können sich in drei Kategorien bewerben: „U21“, „Alltagshelden“ sowie „Lebenswerk“. Die Teilnahmeunterlagen sind im Internet unter www.buergerpreis.schleswig-holstein.de zu beziehen. Die Seite soll in Kürze freigeachtet werden.

Einsendeschluss ist der 30. Juni. Eine Jury unter Leitung des Sozialausschussvorsitzenden Peter Eichstädt wird die Preisträger ermitteln. Die schleswig-holsteinische Preisverleihung ist für den 5. November geplant. Die Sieger nehmen dann am Bundeswettbewerb teil.

„FriiskFunk“ hat Geldsorgen

Das Friesengremium des Landtages sucht nach neuen Geldquellen für den „FriiskFunk“. Denn ohne Finanzspritze droht das Ende für das friesische Radioprogramm.

Der auf der Insel Föhr ansässige „FriiskFunk“ geht seit 2010 jeden Morgen von 8 bis 9 Uhr über die Wellen des Offenen Kanals Westküste auf Sendung. Ein privater Sponsor hatte eine Anschubfinanzierung zur Verfügung gestellt. Das Geld reicht allerdings nur bis zum Jahresende 2015. Auf dieses Problem hat das Friesengremium bei seinem Treffen Mitte März in Bredstedt hingewiesen. Das Gremium unter Leitung von Landtagspräsident Klaus Schlie, dem Abgeordnete aus Landtag und Bundestag sowie Vertreter friesischer Organisationen angehören, war sich einig: Das Programm, das zum Teil an nordfriesischen Schulen entsteht, ist zu einer wichtigen Stütze für die friesische Sprache und Kultur geworden. Es erging ein Appell an Land und Bund, zusätzliche öffentliche Mittel bereitzustellen. Außerdem werden weitere Sponsoren gesucht.

DAS VIRTUELLE MUSEUM:

www.vimu.info

Lebendige Geschichte der deutsch-dänischen Grenzregion im Internet.

Das Virtuelle Museum www.vimu.info ist die erste zweisprachige, deutsch-dänische Geschichtspräsentation im Internet. Das VIMU bietet 36 Stationen zur Geschichte Süddänemarks und Schleswig-Holsteins zwischen 1830 und 2000, didaktisch fundiert und aus einer grenzüberschreitenden Perspektive. Historiker aus Kiel, Flensburg und Sonderburg präsentieren wichtige Ereignisse und spannende Entwicklungen – aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Das Ergebnis: lebendige Geschichte auf über 2.000 Textseiten mit mehr als 2.300 Abbildungen, 80 kurzen Filmen, etwa 40 Audio-Dateien und 180 multimedialen Anwendungen. Das VIMU richtet sich an Schüler, Studierende, historisch Interessierte, Lehrkräfte und Touristen.

Auf diesen Seiten werfen wir einen Blick ins VIMU.

vimu.info



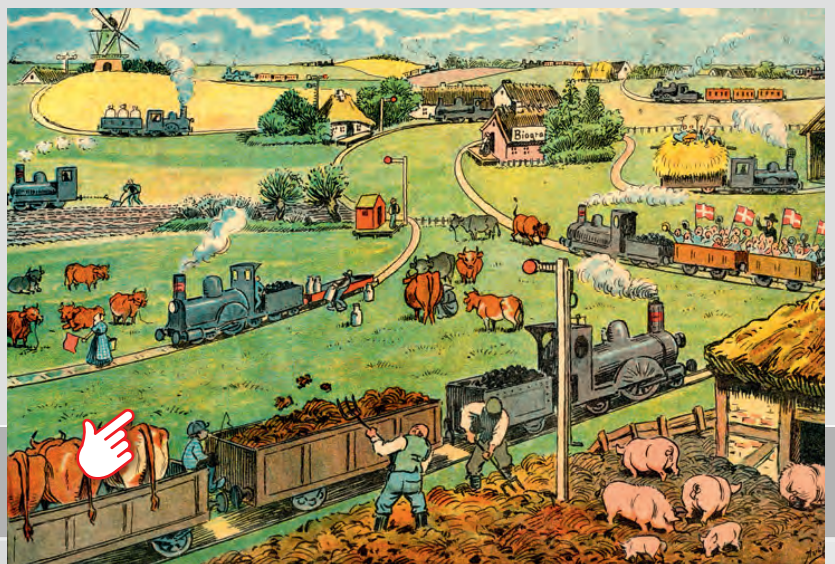
Das Bild präsentiert einen Blick über die Kieler Förde nach Laboe und zugleich zwei der prägendsten Sektoren der schleswig-holsteinischen Wirtschaft in der Wiederaufbauphase nach dem Krieg in den Landesfarben Blau-Weiß-Rot: Landwirtschaft (symbolhaft und unzeitgemäß dargestellt durch das Pferdefuhrwerk am unteren Bildrand) und Werftindustrie (repräsentiert durch den in Umrissen angedeuteten Schweißer und nietenbesetzte Außenhaut eines Schiffes). Es ist zugleich das Titelbild des Tätigkeitsberichts der schleswig-holsteinischen Landesregierung für die Jahre 1950 bis 1954.

Quelle: Landesregierung Schleswig-Holstein (Hrsg.): Schleswig-Holstein. Land im Aufbau. Ein Bericht der Landesregierung Schleswig-Holstein für die Jahre 1950-1954. Rendsburg 1954.



Karikaturzeichnung Kaiser Wilhelms I., der über einen Kochtopf in seiner linken Hand einen Politiker der Partei Venstre und in seiner rechten Hand einen Politiker der Partei Højre hält. - Bildtext: „Hört her, Ihr Schreihälsen! Da ihr keinen Hausfrieden in euren eigenen Häusern habt und nur halbwegs entgegenkommend seid, werde ich die Gelegenheit nutzen und Euch beide in den schwarzen Kochtopf schmeißen!“

Quelle: Folkets Nisse, 1877.



Karikaturzeichnung: „Wenn die neuen Bahnen endlich fertig sind.“ 1917 veröffentlicht „Bläksprutter“ eine satirische Zeichnung über die neuen dänischen Bahnen. Ziel ist es, dass die Bahnen durch das gesamte Gebiet fahren. Auf diese Weise können landwirtschaftliche Produkte bei den Bauern abgeholt und in die Städte beziehungsweise den Exporthafen in Esbjerg gebracht werden. Doch deshalb bewegen sich die Züge auch sehr langsam voran, wodurch die Passagiere viel Zeit brauchen, um an ihr Ziel zu kommen. Quelle: Timm, Werner: Vom Badehemd zum Bikini. Bademoden im Wandel der Zeiten, Husum 2000

grenzen politik **wirtschaft** gesellschaft kultur meer

standort: startseite | ... | schleswig-holstein | vom "blaumann" zum "weißkittel" - veränderte arbeitswelt bei hdw 1952-2003



ā ä å

zurück



Vom "Blaumann" zum "Weißkittel" - Veränderte Arbeitswelt bei HDW 1952-2003



1952 ————— 1975 ————— 2003

Arbeiter

1975



▼ 8.288

1980

Angestellte

1975



▼ 3.272

Das Zahlenverhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten verändert sich – unabhängig von der Gesamtzahl der Beschäftigten – radikal zu Gunsten der Angestellten. Im Jahr 2003 übersteigt die Zahl der Angestellten erstmals die der gewerblichen Mitarbeiter. Selbst bei der „Maloche“ auf den Werften sind immer weniger „blue-collar“-Arbeitnehmer gefragt. Ein ständig wachsender Anteil der Arbeit wird in den Büros der Schwerindustrie erledigt.



Demmer, Reventlow-Peters, Ohlshausen, Prinz von Norr, Schmidt, Deleer.
Die Mitglieder der provisorischen Regierung.

Am 24. März 1848 wird die provisorische Regierung für den selbständigen Staat Schleswig-Holstein ausgerufen. Die Regierung hat sechs Minister: zwei Linksliberale, zwei moderat Liberale und zwei konservative Aristokraten. Ihre wichtigste Aufgabe ist es eine Verfassung für die Herzogtümer zu schreiben und die Erhebung gegen den dänischen Staat zu leiten. Quelle: Liliencron (1898).



Mode als zotiger Herrenwitz – eine Postkarte aus Travemünde (1899).

Gegen Diskriminierung von Lesben und Schwulen: „Aktionsplan gegen Homophobie“

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit, Fernsehmoderatorin Anne Will und zuletzt Ex-Fußballnationalspieler Thomas Hitzlsperger haben sich öffentlich zu ihrer Homosexualität bekannt und dafür viel Lob bekommen. Dennoch gibt es nach wie vor Vorurteile gegen Schwule und Lesben. Mit einem „Aktionsplan gegen Homophobie“ will das Land nun gegensteuern.

Runde 50.000 Euro stehen in diesem Jahr bereit, um für mehr Toleranz und Verständnis zu werben. Bei der Vorstellung ihrer Ziele erhielt Sozialministerin Kristin Alheit (SPD) in der Januar-Tagung die breite Unterstützung des Landtages. Nur die CDU enthielt sich bei der Abstimmung und will zunächst die Entwicklung auf Bundesebene abwarten.

Mit dem Geld will das Sozialministerium, gemeinsam mit Lesben- und Schwulen-Initiativen sowie der Antidiskriminierungsstelle bei der Bürgerbeauftragten, verstärkt über das Thema informieren. „Wir werden vorhandene Angebote bündeln,

in der Wirksamkeit stärken und in einem weiteren Schritt ausbauen“, kündigte Alheit an. So ist vorgesehen, Kindern in Kindertagesstätten und Schulen „unterschiedliche sexuelle Identitäten als selbstverständliche Lebensweise“ zu vermitteln. Polizisten sollen geschult, Beratungsangebote für Opfer von Diskriminierung ausgebaut und die „Auseinandersetzung mit Glaubensgemeinschaften“ gesucht werden.

Zudem fordern die Koalitionsfraktionen die Landesregierung auf, sich auch auf Bundesebene für die vollständige Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen einzusetzen. So sollen gleichgeschlechtliche Paare heiraten können.

Die Akzeptanz von Homosexuellen sei in der Gesellschaft vielfach noch nicht angekommen, merkte Simone Lange (SPD) an. Sie verwies auf das Beispiel Baden-Württemberg. Dort ist eine Debatte über den Umgang mit sexueller Vielfalt im Schulunterricht entbrannt. Mit einer Online-Petition wollen zehntausende

Bürger verhindern, dass Homosexualität und andere Lebensformen künftig ausführlicher im Unterricht behandelt werden.

Der Weg zu mehr Anerkennung sei weit, betonte auch Rasmus Andresen (Grüne). „Dass sexuelle Vielfalt das Normalste der Welt ist, muss fest im Bildungsbereich verankert werden“, forderte er. Heiner Garg (FDP) betonte, Homophobie komme heute „subtiler und brutaler“ daher als früher. Die sexuelle Identität sei keine „Lifestyle-Entscheidung“, sondern „originärer Teil der eigenen Identität“.

Kein Mensch werde intolerant geboren, unterstrich Torge Schmidt (Piraten). Jeder einzelne

müsse jeden Tag die Courage haben, der Alltagsdiskriminierung entgegenzutreten. Und Flemming Meyer (SSW) erklärte, „Abneigungen und Aggressionen“ gegenüber Schwulen und Lesben würden sich durch viele gesellschaftliche Gruppen ziehen.

Im Ziel, die Homophobie zu bekämpfen, war sich Katja Rathje-Hoffmann (CDU) mit der Koalition einig. Sie strich allerdings heraus, dass ihre Fraktion zunächst die Beratungen auf Bundesebene zu einem nationalen Konzept abwarten will. „Einen landesweiten Aktionsplan halten wir daher noch nicht für geboten“, sagte sie.

(Drucksache 18/1459neu 2. Fassung)



Nach Auffassung von Katja Rathje-Hoffmann (CDU, li.) ist Homophobie „in den letzten Jahren zurückgegangen“, und die Gleichstellung von Homosexuellen sei „fast vollzogen“. Sozialministerin Kristin Alheit (SPD) warnte hingegen davor, den „Kampf um Gleichberechtigung als erledigte Aufgabe anzusehen“.



Nachwuchs gesucht: Polizei muss attraktiv bleiben

Wer heute einen guten Schulabschluss in der Tasche hat, hält auf dem Ausbildungsmarkt alle Trümpfe in der Hand. Geburten-schwache Jahrgänge, Fachkräftemangel und eine breite Palette an Ausbildungsmöglichkeiten sorgen nicht nur in Betrieben dafür, dass die Zahl der Bewerber knapp wird. Auch für die Landespolizei ist es nicht leicht, geeignete Interessenten zu finden.

Hinzu kommt: Bis 2026 gehen voraussichtlich 2.700 schleswig-holsteinische Polizeibeamte in Pension. Darauf hat Innenminister Andreas Breitner (SPD) in der Januar-Tagung in einem Regierungsbericht hingewiesen. Um diese Entwicklung

abzufedern, werden in diesem Jahr 275 Nachwuchskräfte eingestellt. Zwischen 2018 und 2023 müssen mehr als 350 Stellen pro Jahr neu besetzt werden.

Breitner stellte ein Nachwuchskonzept vor, mit dem bessere Rahmenbedingungen für junge Ordnungshüter geschaffen werden sollen. Dazu gehören etwa eine baldige Beförderung, gute Bezahlung sowie flexible Arbeitszeiten. Es müssten „ausreichend finanzielle Anreize und eine Perspektive für die berufliche Entwicklung“ geboten werden, sagte Breitner. Außerdem wolle das Land sich um Computer-Fachkräfte zur Bekämpfung von Cyber-Kriminalität bemühen.

Polizei: Pläne und Probleme

Thema Polizeischule: Ein wichtiges Projekt ist laut Regierungsbericht der Ausbau der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung in Eutin. Bereits in diesem Jahr soll dort mit dem Bau einer Trainingshalle begonnen werden. Ein neues Unterrichts- und Aula-Gebäude ist geplant.

Thema Überstunden: Ende September 2013 hatten die Polizisten im Lande insgesamt 360.000 Überstunden angehäuft, das entspricht im Schnitt 47 Überstunden pro Kopf.

Thema Funk: Technische Schwierigkeiten haben für Verzögerungen gesorgt, aber zum Jahresende soll der Digitalfunk den alten analogen Sprechverkehr endgültig ablösen. Bis dahin müssen allerdings noch mehrere Funklöcher gestopft und Probleme wie schlechte Übertragungsqualität beseitigt werden.

Für die Opposition reichen diese Schritte nicht aus. CDU, FDP und Piraten monierten, dass Breitner die derzeitige Arbeitsbelastung der Polizei als „nicht besorgniserregend“ bezeichnet hatte. Dies sei angesichts einer Durchschnittszahl von 47 Überstunden pro Kopf unanständig, hieß es aus den Reihen der Opposition. Astrid Damerow (CDU) warf dem Minister „mangelndes Gespür für die polizeilichen Notwendigkeiten“ vor. FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki beklagte, dass der Beamtensold nicht im selben Maße ansteige wie das Gehalt der Landes-Angestellten. Angesichts der Inflationsrate werde der Lohn für die Beamten bis 2017 real sinken, so Kubicki. Wolfgang Dudda (Piraten) sind die Zustände an der Polizeischule Eutin ein Dorn im Auge. Dort gebe es Duschen im Keller und Drei-Mann-Zimmer. Damit könne

kein Bewerber mehr „hinter dem Ofen hervorge lockt“ werden. SPD, Grüne und SSW bewerteten die Lage der Polizei hingegen grundsätzlich positiv. Lars Harms (SSW) wies darauf hin, dass Quereinsteiger aus anderen Berufen, etwa Computer-Experten, „abgeworben“ werden müssten. Allerdings sei die Gehaltsstruktur im Öffentlichen Dienst „natürlich nicht so attraktiv wie anderenorts“. Eine „mehrjährige Spezialausbildung“ der Beamten regte Simone Lange (SPD) an. „Nicht jede oder jeder muss alles können“, deswegen müssten Spezialistenteams zum Kampf gegen Wirtschafts- und Internetkriminalität gebildet werden. Burkhard Peters (Grüne) mahnte die Einstellung von mehr Menschen mit Migrationshintergrund an. Der Innen- und Rechtsausschuss berät weiter. (Drucksache 18/1432)



Angehende Polizisten müssten eine „sehr gute Schulbildung“ sowie ein „gefestigtes Demokratieverständnis“ aufweisen, fordert Wolfgang Dudda (Piraten). Innenminister Andreas Breitner (SPD) strich heraus: Bisher sei es immer gelungen, ausreichend geeignete Bewerber für den Polizeidienst zu gewinnen.



Vorstoß gegen NS-Überbleibsel im Strafrecht

„Mörder ist, wer...“: So heißt es noch heute in Paragraph 211 des Strafgesetzbuches (StGB). Der Passus geht auf ein „Führergesetz“ aus dem Jahr 1941 zurück. Darin werde nicht die Straftat, sondern ein angeblicher Tätertyp beschrieben, sagte Justizministerin Anke Spoorendonk (SSW) in der Februar-Sitzung. Sie will die Überbleibsel von NS-Gedankengut im Rechtssystem der Bundesrepublik streichen.

Spoorendonk will über den Bundesrat erreichen, dass die Paragraphen für Mord und auch für Totschlag im StGB sprachlich überarbeitet werden. Dafür gab es Zuspruch von der Koalition. CDU, FDP und Piraten hielten den Vorstoß hingegen für wenig durchdacht: Es gebe noch viele weitere NS-Spuren

im Strafrecht, die Spoorendonk aber nicht beachte.

Die Formulierungen im StGB wurden maßgeblich von Juristen der sogenannten „Kieler Schule“ geprägt (s. Kasten). Regelungen nach dem NS-Motto „Mörder wird man nicht, Mörder ist man“ hätten „in einem modernen Gesetzestext nichts zu suchen“, so Spoorendonk. Sie sei froh, dass Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) das Thema inzwischen ebenfalls aufgegriffen habe und eine Expertenkommission einrichten wolle.

„Das Thema ist komplex“, mahnte Barbara Ostmeier (CDU). So gebe es neben dem „Mörder“ und dem „Totschläger“ im Strafrecht noch weitere Beispiele für die „heute nicht mehr vertretbare Tätertypenlehre“ – etwa den



Nach Ansicht von Barbara Ostmeier (CDU, li.) ist der Mordparagraph inzwischen durch die bundesdeutsche Rechtsprechung „inhaltlich ausgefüllt und ausdifferenziert“. Justizministerin Anke Spoorendonk (SSW) monierte dagegen, die notwendige Reform sei „lange verschleppt“ worden.

„Räuber“ oder die „Abartigkeit“. „Entweder man macht eine komplette Reform oder man lässt es“, meinte auch Wolfgang Kubicki (FDP). Begriffe wie „Heimtücke“ oder „Verwerflichkeit“ gehörten ebenfalls auf den Prüfstand. Ohne einen umfassenden Änderungsvorschlag werde sich Schleswig-Holstein „blamieren“, so Kubicki. Patrick Breyer (Piraten) regte an, bei der Reform der Paragraphen auch die lebenslange Haftstrafe für Mord zu überprüfen, zumal kaum noch ein Straftäter den Rest seines Lebens hinter Gittern verbringe.

Die Koalitionsfraktionen stellten sich voll hinter die Ministerin. „Nun wird das dunkelste Kapitel der deutschen Justizgeschichte aufgeschlagen und angegangen“, sagte Lars Harms (SSW). Derzeit scheine „eine Säule unseres demokratischen Rechtsstaats irgendwie schief

zu sein“. Auch Thomas Rother (SPD) forderte, „Altlasten im Strafgesetzbuch“ zu beseitigen. Dafür sei es höchste Zeit, frühere Anläufe seien nicht weiter verfolgt worden. Und Burkhard Peters (Grüne) wies darauf hin, dass andere Beispiele der „völkischen Rechtserneuerung“, etwa die Begriffe des „Volkschädlings“ und des „Plünderers“ bereits gestrichen worden seien. (Drucksache 18/1559)

„Kieler Schule“

Die juristische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität wurde nach der „Machtergreifung“ 1933 zur nationalsozialistischen „Stoßtruppfakultät“ umgestaltet. Wie in keiner anderen deutschen Rechtsfakultät wurden Professoren und Lehrbeauftragte aus „rassischen“ und politischen Gründen entlassen. Die Stellen fielen an treue Nazis. Deren Ansichten prägten in den folgenden Jahren Gesetzgebung und Rechtsprechung. Ein Verbrechen wurde fortan als „Verrat“ und „Pflichtverletzung gegenüber der völkischen Gemeinschaft“ betrachtet. Laut der Tätertypenlehre der „Kieler Schule“ war das „Wesen“ des Täters für die Beurteilung entscheidend, und nicht die konkreten Umstände der Tat.



Abzocke durch Radarfallen? Neues Konzept gefordert

Welcher Autofahrer kennt das nicht? Man drückt das Gaspedal durch, da blitzt es am Straßenrand – eine versteckte Radarfalle springt an. Kurz darauf verhängt die Kommune ein Verwarngeld. Der Verdacht: Kreis oder Stadt wollen so ihre klammen Kassen füllen. Piraten und FDP fordern nun einen Kurswechsel. Damit stießen sie in der März-Tagung auch bei der CDU und der Landesregierung im Grundsatz auf Zuspruch.

Der Plan: Piraten und Liberale wollen, dass die Kommunen im Vorwege bekanntgeben müssen, wann und wo kontrolliert wird, etwa mit Hinweisschildern, in der Zeitung oder im Internet. Geheim-Blitzer soll es trotzdem noch geben, allerdings nur unter Aufsicht der Polizei. Die Ordnungshüter sollen die Raser dann umgehend herauswinken, belehren und zur Kasse bitten. Das hierbei eingenommene Geld soll dann nicht mehr in den kommunalen Haushalt fließen, sondern an das Land, in einen Topf für Verkehrssicherheit.

„Die Strategie, durch zufällige versteckte Geschwindigkeitskontrollen einen allgemeinen Kontrolldruck zu schaffen, funktioniert nicht“, betonte Patrick Breyer (Piraten). Wissenschaft-

liche Untersuchungen hätten belegt, dass der Schutz- und Lerneffekt „gleich null“ sei. Nur wenn Raser direkt nach ihrem Vergehen von der Polizei zur Rede gestellt werden, würde das zum Einlenken und womöglich einer anderen Einstellung der Fahrer führen, so Breyer. „Wir brauchen gerade an Gefahrenstellen wie Kitas, Schulen oder Altenheimen mehr verdeckte Geschwindigkeitskontrollen, aber durch die Polizei“, schloss sich Christopher Vogt (FDP) an. „Die



Christopher Vogt (FDP): Auf Gemeinderatssitzungen werde offen über den „Geldsegen für den Kämmerer“ durch Radarfallen gesprochen. Seit Jahren gebe es „eine regelrechte Flut an neuen Blitzern“, deren Nutzen für die Verkehrssicherheit zweifelhaft sei.

bisherige Praxis schadet und geht massiv zulasten der Akzeptanz“, so Vogt. Hans-Jörn Arp (CDU) unterstützte den Antrag. Es habe einen „Beigeschmack“, wenn Kommunen durch Blitzer ihre Haushalte sanieren wollten. So habe die Stadt Lübeck in einem Jahr 1,2 Millionen Euro extra eingenommen, weil die Höchstgeschwindigkeit an einer großen Einfallstraße ohne verkehrstechnischen Grund von 70 auf 60 km/h herabgesetzt worden sei. Anschließend sei munter geblitzt worden.

Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) kündigte Gespräche mit den Kommunen über dieses Thema an. „Es gibt klare Kriterien dahin gehend, wo man solche Kontrollen durchführt, nämlich dort, wo Unfallhäufigkeiten festgestellt wurden oder besondere Gefahrenstellen sind.“ Die Akzeptanz für Blitzer leide, wenn an anderen Stellen nur zum Abkassieren geblitzt werde.

Bei den Koalitionsfraktionen überwog die Skepsis. „Die Geschwindigkeits-Überwachung greift dann, wenn Menschen wider besseres Wissen zu schnell fahren“, hob Kai Vogel (SPD) hervor: „Sie gefährden damit sich und andere.“ Das Argument, dass Radarfallen auch

zu Unfällen durch abruptes Abbremsen führen, wies er zurück. Das sei durch keine belastbaren Zahlen nachzuweisen. Flemming Meyer (SSW) merkte an, Bußgelder für zu schnelles Fahren seien keine Abzocke. „Das sind Strafen aufgrund von Verkehrsverstößen.“ Und Andreas Tietze (Grüne) mahnte, die Frage der Radarfallen sei Bestandteil einer modernen Verkehrspolitik und sollte nicht „populistisch herausgelöst“ werden.

Der Wirtschaftsausschuss berät das Thema gemeinsam mit dem Bericht der Landesregierung zu einer Strategie für mehr Sicherheit im Straßenverkehr weiter.

(Drucksachen 18/1632 und 18/1667 neu)



Bäderverordnung bleibt – keine neuen Verhandlungen

Trotz Klagen aus dem Einzelhandel und Protesten aus der Opposition gegen die neue Bäderverordnung: Die Nord-Ampel steht zu den seit Jahresbeginn geltenden strengeren Regeln zur Sonntagsöffnung für Läden in Tourismusorten.

Die neuen Öffnungszeiten seien „natürlich ein schmerzhafter Kompromiss“, sagte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD). Aber die Regelung sei „das Beste, was wir unter den gegebenen Bedingungen erreichen konnten“ und deutlich liberaler als etwa beim Nachbarn Mecklenburg-Vorpommern.

Die FDP hatte vergeblich gefordert, die Verhandlungen mit Kirchen, Gewerkschaften, Kommunen und Wirtschaft noch einmal neu zu starten. „Für viele Urlauber gehört der Sonntags-einkauf dazu“, sagte der FDP-Abgeordnete Oliver Kumbartzky. Nun herrsche „Tristesse in den Urlaubsorten“. Es stehe eine Vielzahl von Arbeitsplätzen auf dem Spiel, und es sei „heute schon absehbar, dass ein ‚Weiter so‘

dauerhaft negative Folgen hätte“, so Kumbartzky. „Die Wochenendurlauber haben sich im Winter die Nase an den Schaufenstern platt gedrückt“, bemerkte Hartmut Hamerich (CDU). Für die Läden bedeuteten die kürzeren Öffnungszeiten „zwischen zehn und 35 Prozent Einbußen im Winter“. Auch Uli König (Piraten) sprach von einer „nicht hinzunehmenden Einschränkung der unternehmerischen Freiheit“. Allerdings sei es wenig aussichtsreich, jetzt die Diskussion noch einmal neu zu starten – „eine Diskussion, an deren Ende vermutlich dasselbe herauskommen wird wie das, was wir jetzt haben“.

Stein des Anstoßes ist der Kompromiss, auf den sich Wirtschaftsministerium, Gewerkschaften, Handel, Tourismusbranche, Verbände und Kirchen vor rund einem Jahr geeinigt hatten. Demnach dürfen Geschäfte in Kur- und Erholungsorten nur noch zwischen dem 15. März und dem 31. Oktober sonntags für sechs Stunden öffnen. Außerdem ist der Sonntagsver-

kauf zwischen dem 17. Dezember und dem 8. Januar erlaubt. Zuvor konnten Läden sonntags in mehr als 90 Ferienorten durchgehend vom 15. Dezember bis 31. Oktober ihre Waren anbieten, für acht Stunden in der Zeit von 11 bis 19 Uhr.

Vertreter der Koalition verteidigten die Vorgabe. „Wer diese Vereinbarung neu verhandeln will, geht ein hohes Risiko ein“, warnte Peter Eichstädt (SPD). Er sagte eine „Verschlechterung der jetzt geltenden Regelung“ voraus, falls das Land eine laxere Bestimmung durchdrückt und Kirchen und Gewerkschaften dagegen klagen. „Die Dinge sind gelaufen, der Drops ist gelutscht“, sagte Detlef Matthiessen (Grüne) an die Adresse der FDP. Und Flemming Meyer (SSW) nannte die Bäderregelung „einen politisch tragbaren Kompromiss, der für fünf Jahre gilt, mit der Option für weitere fünf Jahre“. Damit hätten die Tourismusstandorte „Planungssicherheit für einen langen Zeitraum“.



Detlef Matthiessen (Grüne) verteidigte die besondere Bedeutung des Sonntags. Er verwies auf das Grundgesetz, das den „Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung“ hervorhebt. „Der Sonntag ist im Christentum seit dem 4. Jahrhundert geschützt“, so Matthiessen.

IM RÜCKBLICK:

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht unsere Reise 35 Jahre zurück, ins Jahr 1979, als das Parlament mitten im Wahlkampf über Frauenpolitik diskutierte.

1979: Streit um die Rolle der Frau

„Konservative Ideologie“ kontra „Gleichmacherei“ – es ging hoch her, als der Landtag im März 1979, vor 35 Jahren, über die Situation der Frauen im Lande stritt. Wenige Wochen vor der Landtagswahl debattierten die Abgeordneten über einen 100-seitigen Regierungsbericht zu diesem Thema. Und im Plenarsaal gab es klare Fronten. Auf der einen Seite die mit absoluter Mehrheit regierende CDU, die sich zwar für mehr Berufs- und Bildungschancen für Frauen aussprach, zugleich aber das klassische Bild der Mutter und Hausfrau verteidigte. Und auf der anderen Seite die Opposition aus SPD, FDP und SSW, die massive Defizite beim Thema Gleichstellung anprangerte.

„Frauen sind Jahrhunderte lang zu Dienst und Opfer erzogen worden“, klagte die SPD-Abgeordnete Gisela Böhrk, die neun Jahre später Schleswig-Holsteins erste Frauenministerin werden sollte: „Sie haben die Nachteile der Mutter- und Frauenrolle deshalb mehr oder weniger klaglos auf sich genommen.“ Die Folge: Frauen seien schlechter ausgebildet, verdienten weniger und würden schneller arbeitslos. In der Arbeitsmarktstatistik schnitten Frauen in der Tat schlechter ab: Ende 1978 waren in Schleswig-Holstein nur 3,9 Prozent der Männer, aber 6,4 Prozent der Frauen erwerbslos. 26 Prozent der Männer verdienten über 2.000 DM im Monat – aber nur vier Prozent der Frauen. Und: 73 Prozent der männlichen Erwerbstätigen hatten einen Berufsabschluss, aber nur 54 Prozent der weiblichen.

Auch die CDU-Abgeordnete Annemarie Schuster machte „traditionelle Vorstellungen und mangelnden Willen zur ernsthaften Auseinandersetzung“ bei vielen Männern aus. Dennoch sei „die gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit wenn auch nicht vollständig, so doch weitgehend realisiert“. Viele Frauen würden nur weniger verdienen, weil sie Teilzeit arbeiteten. Schuster forderte, die „Erziehungsaufgabe der Mutter und die Betreuung von Familie und Haushalt“ stärker anzuerkennen, und wehrte sich gegen eine „unbedingte Gleichschaltung mit dem Mann“.

Das sah Kultusminister Walter Braun (CDU) ähnlich: „Eine auf völlige Gleichheit mit dem Mann ausgerichtete Frau, die ihr Prestige allein durch Berufstätigkeit gewinnt, muss in zunehmendem Maße kinderunwillig werden.“ Gerade in Industrie und Handwerk seien Frauen zudem der „physischen Dauerbelastung“ oft nicht gewachsen. Hier hielt der SPD-Parlamentarier Johann Sierks dagegen und verwies auf „die besonderen Talente der Frauen wie Geschicklichkeit, Fingerfertigkeit und die Fähigkeit, auch monotone Arbeiten viel länger als Männer durchzuhalten“.

Der FDP-Abgeordnete Bernd Hadewig hielt es ebenfalls für „notwendig, traditionelle Rollenbilder auch im Berufsleben aufzugeben“, und Karl-Otto Meyer (SSW) blickte nach Dänemark. Dort hätten 67 Prozent der Frauen einen Job, in Schleswig-Holstein aber nur 50 Prozent. Eine weitere Forderung aus den Reihen der Opposition: „Frauen ins Kabinett!“ Denn in der Regierungsrunde von Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg befanden sich Anfang 1979 ausschließlich Männer. Im Landtag sah es kaum besser aus: Der Frauenanteil betrug damals 6,8 Prozent.



Zwei Frauen, zwei Meinungen: Gisela Böhrk (SPD, li.) warf der Union ein veraltetes Weltbild vor: „Hier die Frau, die den Haushalt führt, dort der Mann als Ernährer.“ Annemarie Schuster (CDU) wehrte sich dagegen, die Berufstätigkeit der Frau „als einzige Möglichkeit darzustellen, ihre Persönlichkeit, ihre Anlagen und Fähigkeiten optimal entfalten zu können“.



Ralf Stegner, SPD-Fraktionsvorsitzender, ist Ende Januar auf einem Parteitag in Berlin zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden seiner Partei gewählt worden (s. auch Landtagszeitschrift 09/2013). Er bekam 78,3 Prozent der in geheimer Wahl abgegebenen Stimmen. Für Stegner war zuvor ein zusätzlicher sechster Stellvertreterposten geschaffen worden.

Martin Kayenburg, ehemaliger Landtagspräsident und CDU-Fraktionsvorsitzender, hat Ende Januar die Ansgar-Medaille des katholischen Erzbistums Hamburg erhalten. Kayenburg bekam die Auszeichnung „für sein Engagement in Kirche und Gesellschaft“. Er unterstützte in besonderer Weise das neue Familienzentrum in seiner Heimatpfarre Itzehoe. Martin Kayenburg war von 1992 bis 2009 Abgeordneter und seit 2005 Parlamentsobershaupt.

Ulf Kämpfer, bisheriger Staatssekretär im Umweltministerium, ist Ende März zum Kieler Oberbürgermeister gewählt worden. Der Sozialdemokrat kam laut amtlichem Endergebnis auf 63,1 Prozent der Stimmen. Kämpfer wird das neue Amt voraussichtlich Anfang Mai antreten. Seine Nachfolgerin im Umweltministerium wird nach Angaben der Landesregierung die bisherige Direktorin des Segeberger Amtsgerichts, Silke Schneider.

Jörn Biel, ehemaliger Wirtschaftsminister des Landes, ist neuer

Präsident des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes. Der CDU-Politiker wurde Anfang Februar bei einer außerordentlichen Mitgliederversammlung in Neumünster einstimmig gewählt. Sämtliche 75 Delegierten hätten für ihn gestimmt, teilte der Verein mit. Biel gehörte der Landesregierung von März bis Oktober 2009 an.

Klaus Müller, ehemaliger Umweltminister und Grünen-Abgeordneter, soll zum 1. Mai neuer Chef des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) werden. Der Verwaltungsrat habe Müller Mitte März gewählt, teilte der vzbv mit. Müller leitet seit 2006 die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Zuvor war er für die Grünen in der Politik aktiv: von 1998 bis 2000 als Bundestagsabgeordneter, von 2000 bis 2005 als Umweltminister in Schleswig-Holstein und anschließend bis 2006 als Abgeordneter im Landtag.

Reinhard Sager, ehemaliger CDU-Landtagsabgeordneter und seit 13 Jahren Landrat des Kreises Ostholstein, wurde Mitte März in Neustadt an der Weinstraße zum Präsidenten des Deutschen Landkreistages gewählt. Die Mitgliederversammlung votierte einstimmig für den Diplom-Verwaltungswirt, der von 1992 bis 2001 dem Landtag angehörte. Der Landkreistag vertritt die Interessen der 295 deutschen Landkreise.

Dr. Wolfgang Cloosters, langjähriger Leiter der schleswig-hol-

steinischen Atomaufsicht, hat im Februar die Leitung der Abteilung für Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium übernommen. Er gilt damit als oberster Atomaufsicht des Landes und ist unter anderem für Castor-Transporte, die Endlagersuche und den Rückbau stillgelegter AKW zuständig. Die zurzeit beim Landesumweltministerium angesiedelte schleswig-holsteinische Atomaufsicht hatte Cloosters seit 1995 geleitet.

Der Landtag hat im März drei Richter- und drei Stellvertreterposten am Landesverfassungsgericht vergeben. Christoph Brüning (li.), Hans-Joachim Schmalz (3. v. re.) und Felix Welti (2. v. re.) bleiben für weitere sechs Jahre ehrenamtliche Richter. Nele Matz-Lück (2. v. li.), Jutta Lewin-Fries (3. v. li.) und Uwe Jensen (re.) wurden zu Stellvertretern gewählt. Alle sechs hatten bei der Wahl eine große Mehrheit im Landtag hinter sich. Anschließend wurden sie von Landtagspräsident Klaus Schlie im Plenarsaal vereidigt. Die Amtszeit der drei Richter wäre sonst turnusgemäß Ende April ausgelaufen. Dem Landesverfassungsgericht gehören insgesamt sieben Richter an. Die Amtszeiten von Gerichtspräsident Bernhard Flor und den anderen drei Richtern Ulrike Hillmann, Maren Thomsen und Klaus Brock enden im April 2017.



Der Landtag trauert um Rudolf Johna

Mit einer Gedenkminute hat der Landtag zu Beginn der Januar-Sitzung des früheren Abgeordneten Rudolf Johna gedacht. Johna war am 2. Januar nach schwerer Krankheit im Alter von 80 Jahren verstorben.

Der Sozialdemokrat, der den Wahlkreis seiner Heimatstadt Neumünster sechsmal direkt gewinnen konnte, gehörte dem Landtag von 1979 bis 1996 an. Für Johnas parlamentarische Arbeit prägend war der Eingabenausschuss, der heutige Petitionsausschuss. Rudolf Johna war 13 Jahre lang dessen Vorsitzender. „Für ihn war es Ehre und Verpflichtung zugleich, sich auch im vermeintlich Kleinen für die Menschen in unserem Lande einzusetzen“, erinnerte Landtagspräsident Klaus Schlie an den Verstorbenen. Mit seinem Engagement habe Rudolf Johna „auf oft besonders mühevollen Wegen das Ansehen des Landtages insgesamt gemehrt“.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag engagierte sich Rudolf Johna unter anderem als Gewerkschafter, bei der AWO, im DRK, im Vorstand der Verbraucherzentrale und als Gründungsmitglied der Aktionsgemeinschaft zur Förderung Behinderter und Benachteiligter Neumünster. Für seine Verdienste wurde er mit dem Verdienstkreuz erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt.



Zwischen Plenarsaal, Fernsehstudio und Wochenmarkt: Sechs Abgeordnete erzählen aus ihrem Arbeitsalltag

Die Abgeordneten des Landtages machen Gesetze, kontrollieren die Regierung und vertreten die Interessen der Bürger. So steht es in der Landesverfassung. Wie diese Arbeit konkret erledigt werden soll, dafür liefert die Verfassung jedoch kein Rezept. Die Landtagszeitschrift hat sechs Abgeordnete aus sechs Fraktionen gebeten, aus ihrem

Arbeitsalltag zu erzählen. Ergebnis: Jeder setzt eigene Schwerpunkte, und der Arbeitsplatz eines Parlamentariers liegt nicht nur im Büro, sondern auch am Rednerpult, im Zug oder auf dem Fährschiff. Oder im Fernsehstudio, auf dem Wochenmarkt oder im Café. Eines gilt allerdings für alle: Der Tagesablauf ist eng getaktet.

Klaus Jensen und die Besonderheiten der Insel



Der Arbeitstag beginnt für Klaus Jensen oft morgens um viertel vor sechs am Fähranleger von Pellworm. Dann legt das erste Schiff Richtung Festland ab. Der 55-jährige betreibt einen Gasthof auf der Nordseeinsel und vertritt zugleich seit 2012 die CDU im Landtag. „Man verbringt sehr viel Zeit im Auto und auf der Fähre“, sagt der dreifache Familienvater.

Neben seiner Insel und dem Landeshaus gehört auch ein großes Gebiet auf dem nordfriesischen Festland zu seinem Arbeitsbereich. Denn Klaus Jensen ist der direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis Husum, den flächenmäßig

größten Wahlkreis in Schleswig-Holstein. Das Gebiet reicht von St. Peter-Ording über Husum bis Bredstedt – mit dem Wagen eine Strecke von etwa 60 Kilometern.

Klaus Jensen, lange Jahre Bürgermeister seiner Heimatinsel, sieht einen zentralen Punkt seiner Arbeit darin, „die Probleme und Nöte der Bürger“ aus dem Wahlkreis aufzunehmen und auf die Landesebene zu transportieren. Das gilt besonders für Themen, die an der Westküste die Menschen bewegen: Küstenschutz, Fischerei, Nationalpark Wattenmeer.

Der Arbeitstag, der im Morgengrauen am Pellwormer Fähranleger beginnt, endet oft auf dem Festland. Denn es gebe „viele Termine in Kiel, aber vor allem auch im Wahlkreis, die eine Heimfahrt ausschließen.“ Die häufigen auswärtigen Übernachtungen schrecken ihn aber nicht ab, sagt Klaus Jensen: „Das habe ich vorher gewusst und mich familiär und betrieblich darauf eingestellt.“

Anke Erdmann, die Schule und das Handwerk



Auch Anke Erdmann setzt auf öffentliche Verkehrsmittel. Die Grünen-Politikerin verzichtet aufs Auto und fährt Bus und Bahn. Ihr Spezialgebiet ist die Bildungspolitik: „Meine Vormittage verbringe ich in Schulen überall im Land. Aus den Besuchen nehme ich viele Anregungen mit“, sagt die 41-jährige, die auch Vorsitzende des Bildungsausschusses ist. Bei Gesprächen und Begegnungen sammelt die Kielerin „Infos, Ansichten, Argumente“ und wirbt zugleich für ihre Pläne und Vorstellungen.

Nur „bienenfleißig“ zu sein, reiche aber nicht aus, um politisch etwas zu bewegen, betont die Diplom-

Volkswirtin: „Man muss auch wissen, wie das Handwerk funktioniert, wen man gewinnen muss, um Dinge tatsächlich in Bewegung zu setzen.“ Das gelte umso mehr, seit die Grünen vor zwei Jahren in die Regierung eingetreten sind, sagt Anke Erdmann. Zuvor saß sie drei Jahre in der Opposition. Als Teil der Koalition sei sie aber „zufriedener, weil ich denke: Dieses oder jenes würde es ohne meinen Impuls, ohne meine Ideen so nicht geben.“ Die Kehrseite seien oft „schlaflose Nächte“. Denn: „Ich fühle mich noch stärker verantwortlich, dass wir zu Lösungen kommen.“

Die Suche nach dem richtigen Weg führt Anke Erdmann oft in ein Café an der Kieler Förde, in der Nähe des Landeshauses. Motto: „Arbeit mit Tee und Weitblick.“

Patrick Breyer und das Nachhaken beim Datenschutz



„Die systematische Aufzeichnung und Vorhaltung von Telekommunikations-Verkehrsdaten für staatliche Zwecke in Deutschland“ – so lautet der Titel der 481 Seiten starken Doktorarbeit von Patrick Breyer. Der 37-Jährige ist Jurist und als Kämpfer gegen die Vorratsdatenspeicherung ein Urgestein der Piratenpartei. Seit dem Gründungsjahr 2006 ist er dabei. Und schon bevor er 2012 in den Landtag einzog, sorgte Breyer für Schlagzeilen: als einer der Organisatoren der – im Kern erfolgreichen – Sammelklage gegen die Vorratsdatenspeicherung beim Bundesverfassungsgericht im Jahr 2007.

Auch sein Landtagsmandat nutzt er dazu, der Landesregierung bei den Themen Datenschutz und Bürgerrechte auf die Finger zu schauen. Insgesamt 134 Kleine Anfragen hat Breyer im vergangenen Jahr an Regierung und Verwaltung gestellt; damit war er Rekordhalter im Landtag. Sein Nachhaken hat Themen an die Öffentlichkeit gebracht, die ansonsten möglicherweise auf wenig Resonanz gestoßen wären. Etwa die geplante Video-Überwachung in Schleswig-Holsteins Zügen oder die Überwachungskameras an Amtsgebäuden und in Polizeiautos. „Öffentliche Kritik ist wirksam, weil sich die Entscheidungsträger dann für ihre Handlungen rechtfertigen müssen“, betont Breyer. Und: „Wenn unsere Kritik

als Piraten von den Medien aufgegriffen wird, ist sie besonders wirkungsvoll.“

Birte Pauls, die Pflege und der Wochenmarkt



„Mir ist es wichtiger, das Ohr bei den Menschen zu haben als den Mund am Mikrofon“, sagt Birte Pauls. Das heißt für die 48-Jährige: viele Termine quer durch den Kreis Schleswig-Flensburg. Denn dort ist sie die einzige SPD-Abgeordnete. „Das bedeutet, dass ich zu sehr vielen öffentlichen und auch nicht öffentlichen Veranstaltungen eingeladen werde“, so die Schleswigerin: „Ich versuche, das alles wahrzunehmen, weil es mir wichtig ist, einen kurzen Draht zu den Menschen zu haben.“ Hinzu kommen „regelmäßige Gespräche auf Wochenmärkten, unabhängig von Wahlkampfzeiten“.

Bevor Birte Pauls 2009 in den Landtag gewählt wurde, hat sie 23 Jahre lang als Krankenschwester gearbeitet. „Ich denke, es ist sehr gesund, vor einer politischen Tätigkeit das richtige Leben kennengelernt zu haben“, sagt sie dazu – und setzt sich im Landtag besonders für die Interessen von Pflegekräften ein: „Ich weiß sehr genau, wovon ich rede, wenn es um Schichtdienst, Fremdbestimmung, Dokumentation und physische und psychische Belastung geht.“

Für ihre Region wie für ihr Spezialgebiet habe sie „schon einiges bewegt“, sagt die Mutter einer Tochter. „Aber darüber gibt es keine Schlagzeilen

in der Presse.“ Wie gut ihr die Arbeit gelinge, das müssten ohnehin „die Bürgerinnen und Bürger beurteilen“.

Wolfgang Kubicki und die Überzeugungsarbeit am Mikrofon



Er ist Vorsitzender der sechs Köpfe starken FDP-Fraktion im Landtag und zugleich bundesweit bekannt als Vizechef der Liberalen, als Interviewpartner, als Talkshow-Gast: Wolfgang Kubicki setzt auf Eloquenz und Schlagfertigkeit, um öffentlichkeitswirksam liberale Standpunkte zu vertreten. „Je mehr Menschen ich über ein Medium ansprechen kann und dort für meine Positionen werben kann, umso mehr Menschen kann ich auch für meine Positionen gewinnen“, sagt der 62-Jährige: „Wenn ich mit niemandem kommuniziere, kann ich auch niemanden überzeugen.“

Diesem Motto folgt Kubicki auch im Landtag, dem er seit 22 Jahren angehört. Er tritt häufig ans Rednerpult – insgesamt 159 Mal in der letzten Wahlperiode. Der Schritt ans Saal-Mikro ist ihm „sehr wichtig, denn gerade von den Wortbeiträgen der Abgeordneten lebt doch das Parlament“. Wer sich in einer Debatte nicht zu Wort melde, der „kann auch nicht später behaupten, er habe alles versucht, um andere Abgeordnete von seiner Position zu überzeugen“. Denn in der Politik gehe es stets um das Ziel, „dass die Beschäftigung mit politischen Sachfragen am Ende auch zu handfesten Ergebnissen führt“.

Lars Harms und die Freude am Gestalten



Seit dem Jahr 2000 gehört Lars Harms der kleinen SSW-Vertretung im Landtag an. Einer von nur drei Abgeordneten zu sein, bedeutet: Man muss in vielen Sachgebieten zuhause sein. „Die Abgeordneten repräsentieren das ganze Volk und müssen deshalb auch zu allen Themen, die das Volk berühren, sprechen.“ Und das hat der 49-Jährige in den letzten Jahren so häufig getan wie kaum ein anderer. Mit 197 Wortmeldungen war der Diplom-Betriebswirt in der letzten Wahlperiode die Nummer zwei in der Rede-Rangliste im Plenarsaal – hinter seiner damaligen Vorsitzenden Anke Spoorendonk.

Mit der Landtagswahl 2012 hat sich für den SSW und auch für Lars Harms vieles verändert. Die Partei der dänischen Minderheit gehört zur Regierungsmehrheit, Spoorendonk ist jetzt Ministerin, und Lars Harms rückte zum Chef der SSW-Landtagsvertretung auf. „Man ist natürlich in einer Regierungskoalition näher dran an den Entscheidungsprozessen“, sagt der sechsfache Familienvater: „Kritisieren kann jeder. In der Regierungsverantwortung heißt es: machen.“ Das Regieren und der neue Posten als Vorsitzender bringen zusätzliche Arbeit mit sich, aber diesen Einwand will Lars Harms nicht gelten lassen: „Vorsitzender des SSW im Landtag zu sein ist kein Extra-Aufwand, sondern eine Extra-Freude.“

Wie sieht der Tagesablauf eines Abgeordneten aus?

Wir haben die sechs Abgeordneten gebeten, einmal Tagebuch zu führen, und zwar für einen durchschnittlichen Mittwoch.

Wo waren Sie am 12. Februar?

Klaus Jensen:

„10 Uhr Facharbeitskreis Agrar/Umwelt und 14 Uhr Ausschuss-Sitzung. Ich muss wegen der Fährverbindung bereits die erste Fähre ab Pellworm nehmen, um 5:45 Uhr (die nächste planmäßige Abfahrt wäre um 9:45 Uhr – zu spät!). Dann bin ich um ca. 8 Uhr im Landeshaus und kann Post und Mails bearbeiten, Telefonate führen, Termine machen etc. Die Arbeitskreissitzung mit den Kollegen und Referenten zur Vorbereitung der Ausschusssitzung dauert heute über zwei Stunden, nach dem Mittagessen schließt sich ein intensiver Ausschuss an bis ca. 17:30 Uhr. Eine Heimfahrt auf die Insel wäre heute nicht mehr möglich (letzte Fährfahrt ab Nordstrand um 18:30 Uhr), muss aber auch nicht sein, denn es gilt, mit meiner Frau (per Zug angereist) eine Vorstellung im Schmidts Theater in Hamburg zu besuchen.“

Birte Pauls

„Um 5:30 Uhr klingelt mein Wecker, wie jeden Tag. Frühstück, meine Tochter auf den Weg bringen, kurz mal Wäsche und den anderen normalen Haushaltskram regeln. Meist sitze ich um 8 Uhr am Schreibtisch. Auf dem Weg nach Kiel einige Telefonate regeln (per Freisprechanlage, versteht sich). Um 9 Uhr Sitzung des gemeinsamen Arbeitskreises mit SSW und Grünen zur Vorbereitung der anschließenden Europaausschusssitzung. In der Mittagspause zwei Gespräche und einige Telefonate. Um 15 Uhr in Rendsburg Sitzung der SPD-AG 60 plus zum Thema Pflegekammer – mein Thema. Um 17:45 Uhr war ich zu Hause. Telefonische Anfrage eines Bürgermeisters. Kurz mit meiner Tochter und Mutter geplauscht. Um 19 Uhr Vorstandssitzung des SPD-Ortsvereins Schleswig. Und den ganzen Tag immer mal wieder schauen, ob es Mails oder Telefonate gibt, auf die ich schnell reagieren muss. Um 23 Uhr ein letzter Blick auf meine Facebook-Seite.“

Wolfgang Kubicki

„Am 12. Februar bin ich morgens von einem auswärtigen Termin wieder in Richtung Kiel gefahren, wo ich mich ab Mittag im Landeshaus um die Beantwortung von Briefen von Bürgerinnen und Bürgern sowie um die Vorbereitung der anstehenden Landtagssitzung gekümmert habe. Am Nachmittag bin ich wieder in Richtung Hamburg gefahren, weil ich dort Mitdiskutant in der Fernsehsendung „Lanz“ gewesen bin, die für den darauffolgenden Tag aufgezeichnet wurde.“

Lars Harms

„Der Tag unterscheidet sich von anderen dadurch, dass diesmal keine weiteren Außentermine anstehen und ich somit ganztätig im Landeshaus bin. Los geht es morgens um 9 mit einer Sitzung des Ältestenrates. Nach rund einer halben Stunde Pause, die ich für wichtige Telefonate und das Lesen und Versenden von E-Mails sowie den Informationsaustausch mit meinen Mitarbeitern nutze, geht's weiter in den Raum der Stille im Landeshaus, wo ich einer Veranstaltung beiwohne. Von 12 bis 14 Uhr sitze ich im gemeinsamen Arbeitskreis für Innenpolitik, wo die Koalitionspartner aktuelle Themen, Anträge und Gesetzesänderungen diskutieren. Von hier aus geht es direkt weiter in den Innenausschuss, wo diese Themen dann im Kreise aller Fraktionen beraten werden. Nach Sitzungsende um 17 Uhr verweile ich ein bis zwei Stunden in meinem Büro, bespreche die kommenden Tage mit meinen Mitarbeitern, arbeite mich in Anträge ein, versende und beantworte E-Mails und gebe Interviews. An diesem Tag ist der Abend ausnahmsweise für ein besonderes, privates Highlight reserviert: Ich sehe mir das Spiel meines strauchelnden Lieblingsvereins HSV gegen Bayern München an. Das Ergebnis (0:5) war zwar nicht prickelnd, aber immerhin habe ich abends einmal frei gehabt.“

Patrick Breyer

„Am Vormittag habe ich mit Schülerinnen und Schülern eines Flensburger Gymnasiums eine spannende Diskussion über die Digitale Agenda der EU geführt, also über das Für und Wider von Vorratsdatenspeicherung, Netzsperrern und Urheberrecht. Am Nachmittag habe ich an einer Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses teilgenommen, in der auf Antrag der Piraten über die Informationstechnik der Justiz berichtet und über das politische Weisungsrecht gegenüber Staatsanwälten diskutiert wurde. Am Abend bin ich mit meiner Assistentin die E-Mails der letzten Tage durchgegangen. Insgesamt habe ich von 8 bis 20 Uhr gearbeitet.“

Anke Erdmann

„Von 8 Uhr bis 9:30 habe ich am Schreibtisch Mails abgearbeitet und ein paar Anrufe beantwortet. Mein erster Termin war um 10 Uhr an der Uni Kiel bei Prof. Köller, einem renommierten Bildungsforscher, und seinem Team. Ich bin neuerdings im „National Stakeholder Panel“ zu einem Europäischen Forschungsprojekt über die sogenannten MINT-Fächer. Von 12:30 bis 14:30 gab es einen Pressetermin bei mir zu Hause. Allerdings nicht meinetwegen: Mein Mann kandidierte zu diesem Zeitpunkt als Kieler Oberbürgermeister, und die Journalistin hatte um eine „Homestory“ gebeten - mit der ganzen Familie. Ab 15 Uhr saß ich im Zug: Zeit, ein Infoblatt zum Thema Schulgesetz zu texten. Für 16 Uhr hatte mich die Lehrgewerkschaft GEW zu einem Gedankenaustausch zum Thema Inklusion in Schleswig eingeladen. Im Anschluss habe ich mich mit Elternvertreterinnen von Förderzentren getroffen. Dann ging es mit dem Zug zurück. Ich war um 20:30 zu Hause. Dann war Feierabend, und ich habe meinem Sohn noch ein Kapitel „Tintentod“ vorgelesen.“

Abgeordnete

IM PORTRAIT:

Burkhard Peters, Grüne
geb. am 19. Febr. 1953
in Hagen/Westfalen
wohnhaft in Hornbek/
Hzgt. Lauenburg
verheiratet, drei Kinder
Rechtsanwalt



Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...

keinen Gebrauch davon machen. Von einem spätrömischen Kaiser wird berichtet, er habe ein Gesetz erlassen, dass derjenige, der das kaiserliche Pferd nicht als göttliches Wesen huldige, mit dem Tode zu bestrafen sei. Gleichzeitig war die Anbetung eines Tieres nach römischem Recht wegen Blasphemie mit der Todesstrafe bedroht. Das kommt dabei raus, wenn man Einzelnen das Gesetzmachen überlässt!

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...

... mir meinen Jugendtraum erfüllen, als Instrumentenbauer herrlich klingende Geigen, Bratschen und Celli herzustellen.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...

... gerne wie Diogenes in einer Tonne lebend von Schulhof zu Schulhof ziehen und mit den Kids in den Pausen und Freistunden über Gott, die Welt und z.B. die Frage diskutieren, ob Computerspiele glücklich machen oder wie eine Welt aussehen sollte, in der auch sie später gerne Kinder haben würden.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...

... noch einmal den legendären Auftritt von Johnny Winter und Patti Smith im WDR-Rockpalast vom 21. auf den 22.04.1979 wiederholen lassen und mit alten FreundInnen von alten Tagen träumen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich ...

... ihm raten, mit mir zusammen eine verbummelte Sommer-Fahrradtour in der Lauenburgischen Seenlandschaft zu machen, von Salem über Mustin durch die Schwarze Kuhle, vorbei am Schaalsee und Garrensee inklusive Erfrischungsbad in beiden Seen.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich ...

... diese exakt auf den 29.10.1787 einstellen, um die triumphale Uraufführung des Don Giovanni von W. A. Mozart unter seiner Leitung im Prager Nationaltheater mitzuerleben.

Lars Winter, SPD
geb. am 12. März 1963
in Hildesheim
wohnhaft in Beschendorf/
Ostholstein, evangelisch
verheiratet, zwei Kinder
Verwaltungsfachangestellter



Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...

... die dauerhafte auskömmliche Finanzierung aller Bildungseinrichtungen regeln.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...

... mich für den finanzpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion entscheiden. Das ist ein toller und wichtiger Posten. Ich weiß es aus Erfahrung.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...

... mich weiter wie bisher bemühen, in Schulen und Vereinen, bei Verbänden und auf der Straße mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...

... die Staffeln 1 - 3 der Serie Borgen, Gefährliche Seilschaften, senden.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich ...

... ihm die ostholsteinische Ostseeküste empfehlen.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich ...

... sie zerstören. Die Zukunft ist noch nicht geschrieben und über die Vergangenheit gibt es genügend Lektüre.

Tobias von Pein, SPD
geb. am 12. Juli 1985
in Hamburg
wohnhaft in Lütjensee/
Stormarn
Groß- u. Außenhandels-
kaufmann, Sozialökonom



Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...

... die Ausbildungsplatzumlage einführen. Betriebe, die nicht genügend Ausbildungsplätze schaffen, müssen in die Pflicht genommen werden, um Jugendlichen, die eine Ausbildung machen wollen, diese auch anbieten zu können.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...

... Kommissar in der Region Ystad werden und Kurt Wallander helfen, Mordfälle aufzuklären.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...

... mehr Demokratieprojekte wie z.B. die Kinderstadt „Stormini“ schaffen. „Stormini“ ist ein Projekt im Kreis Stormarn, bei dem Kinder und Jugendliche eine Woche lang das politische Leben einer kleinen Stadt selbst gestalten. Außerdem müssen Kinder und Jugendliche bei allen Dingen, die sie betreffen, politisch beteiligt werden.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...

... den legendären Derbysieg des FC St. Pauli gegen den HSV im Jahr 2011 in Endlosschleife laufen lassen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich ...

... ihm nahe legen, an die Küste oder auf eine unserer Inseln zu fahren und ordentlich Seeluft zu schnuppern.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich ...

... mit August Bebel ein Bier trinken und über die Zukunft der Sozialdemokratie quatschen. Anschließend würde ich ins Jahr 1985 reisen und Marty McFly und Dr. Brown unterstützen ihren DeLorean flott zu machen für ihre Ankunft im Jahr 2015!

IMPRESSUM

Herausgeber:

Der Präsident
des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit
des Schleswig-Holsteinischen Landtages, L143,
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Tobias Rischer (verantwortlich)

T: 0431/988 1120, tobias.rischer@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas,

T: 0431/988 1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Detlef Ziep

T: 0431/988 1527, detlef.ziep@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Simon, Thomas Eisenkrätzer,
Michael August, Detlef Ziep, Karsten Blaas,
Anja Freudenthal, Dörte Schönfelder,
Tobias Rischer, Stefan Hellwig, Oliver Weber,
M. Hermstorf, Petra Dirscherl, Gabi Schönmann,
Tim Reckmann, Landjugend Schleswig-Holstein,
Fotolia.de (Titel, S.10, S.16),

Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel,
Ringstraße 19, 24114 Kiel

Herstellung, Druck:

Schmidt & Klaunig im Medienhaus Kiel,
Ringstraße 19, 24114 Kiel,
www.medienhaus-kiel.de

Bezug der Landtagszeitung:

(Abonnement u. Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, L148, Postfach 7121, 24171 Kiel,
T: 0431/988 1163, F: 0431/988 1119,
bestellungen@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28. März 2014

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de



Das Instrument des Jahres 2014 ist die Bratsche. Gekürt wurde das klassische Streichinstrument vom Landesmusikrat Schleswig-Holstein. Dessen Präsident Volker Mader gab Landtagspräsident Klaus Schlie Mitte Januar Tipps zum Umgang mit Bogen und Saiten.



Die angespannte Situation der Geburtshäuser in Kiel und Lübeck sowie der Hebammenpraxis in Bargteheide stand Mitte Februar auf der Tagesordnung des Sozialausschusses. Junge Mütter verfolgten, was Staatssekretärin Anette Langner zu sagen hatte.

BESUCHER IM LANDESHAUS



Die HipHop-Tanzformation „DancEducation“ aus Neumünster legte Ende Januar im Foyer des Landeshauses eine flotte Sohle aufs Parkett. Anlass war die Auftaktveranstaltung zum „Jahr der kulturellen Bildung 2014“.



Bevor am Aschermittwoch alles vorbei war, besuchten rund 50 Karnevalisten aus Kiel, Lübeck, Marne und Neumünster das Landeshaus. Landtags-Vizepräsident Bernd Heinemann (Mitte) genoss das närrische Treiben.



Bis Ende des Jahres wollen die Landjugend und die Stiftung Klimawald genug Geld sammeln, um einen zwei Hektar großen Bürgerwald bei Nordhastedt (Dithmarschen) zu pflanzen. Der „Spendenmarathon“ begann Mitte Februar vor dem Landeshaus. Als Symbol wurde eine Stieleiche in den Rasen vor dem Parlamentsgebäude gesetzt. Landtagsvizepräsidentin Marlies Fritzen (stehend vor dem Plakat) lobte das Engagement der Jugendlichen.



TERMINE, TERMINE, TERMINE ...

Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten ist auch im Frühjahr wieder im Lande unterwegs, um interessierte Bürger vor Ort zu beraten.

Datum	Ort	Uhrzeit	Adresse
15. April	Heide	11.00 – 15.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Stiftstraße 21
30. April	Lübeck	10.00 – 17.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Ziegelstraße 150
20. Mai	Heide	11.00 – 15.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Stiftstraße 21
5. Juni	Lübeck	10.00 – 17.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Ziegelstraße 150
17. Juni	Heide	11.00 – 15.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Stiftstraße 21
3. Juli	Lübeck	10.00 – 17.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Ziegelstraße 150
15. Juli	Heide	11.00 – 15.00 Uhr	Deutsche Rentenversicherung Nord, Stiftstraße 21

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich.
Telefon: 0431/988 1231.
Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in Kiel, Karolinenweg 1: jeden Mittwoch von 15.00 Uhr – 18.30 Uhr.

Mehr zu Terminen und Veranstaltungen im Landtag auf www.sh-landtag.de

Die Lage in der Ukraine: Der Journalist Juri Durkot berichtet

Die Lage in der Ukraine steht am 6. Mai im Mittelpunkt eines Vortrages im Landeshaus.

Ab 18.30 Uhr wird der Journalist und Dolmetscher Juri Durkot über die Situation in seinem Heimatland berichten. Der 1965 geborenen Germanist stammt aus Lwiw/Lemberg und ist Vorstandsmitglied des Kuratoriums der deutsch-ukrainischen Journalistenvereinigung sowie Aufsichtsratsmitglied der Akademie der Ukrainischen Presse. Von 1995 bis 2000 war Juri Durkot Pressesprecher der ukrainischen Botschaft in Deutschland. Als Journalist berichtet er für deutschsprachige Zeitungen, für Fachzeitschriften und Radiosender.

Landtagspräsident Klaus Schlie wird den Gast im Plenarsaal begrüßen, und nach dem Vortrag haben Gäste die Möglichkeit, mit Juri Durkot zu diskutieren.

Interessierte werden gebeten, sich anzumelden:

→ anmeldung@landtag.ltsh.de oder per Telefon: 0431/988 1163.

Landtag lädt zum Offenen Besucherabend

Das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit lädt interessierte Bürger auch im Verlauf dieses Jahres wieder zum Offenen Besucherabend ins Landeshaus ein.

An neun Montagen stehen der Plenarsaal sowie weitere zentrale Bereiche des historischen Gebäudes den Gästen offen. Dazu gehören auch drei Führungen auf Plattdeutsch, die der Schleswig-Holsteinische Heimatbund anbietet. Das Programm dauert gut eine Stunde und beginnt jeweils um 18 Uhr. Voranmeldungen sind nicht erforderlich. Nur ihren Personalausweis sollten Gäste dabei haben.

Die Termine: 26. Mai; 2. Juni (op Platt); 30. Juni; 25. August; 1. September (op Platt); 29. September; 27. Oktober; 24. November; 1. Dezember (op Platt).